

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk. für 2 Monate 1.20 Mk. für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Bestellgeld.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die 5 gespaltene Pettizelle über deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinzelungen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadress: Volkszeitung Leipzig.

## Vom deutschen Heerwesen.

\* Leipzig, 23. Juni.

Am 26. Mai 1897 hat die Reichstagsmehrheit gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion einen Artilleriekredit von 44372742 Mark bewilligt. Dieser Betrag ist nur ein Bruchteil der Forderungen, die zur Umgestaltung des Artilleriematerials, für neue Geschütze der Feldartillerie, beansprucht worden sind. Im ganzen werden vorläufig weit über 100 Millionen Mark verlangt; in den nächsten Etatsjahren kommen die späteren Forderungen.

Die einmaligen Ausgaben für Heer und Flotte umfassen in den ersten Jahren nach dem Kriege von 1870/71 die großen Metallverschwendungs-(Wiederherstellungs-)Kosten und die Beschaffung neuer Geschütze und Gewehre. Dazu gehörte seit dem Jahre 1887 ein Kredit von 62 Millionen für „Steigerung der Operationsfähigkeit und Schlagsfertigkeit des Heeres“, ein Kredit von 114300000 Mark für die Verstärkung der Festungen, ein Kredit von 61270000 Mk. zum strategischen Ausbau der Eisenbahnen, ein Kredit von 282 Millionen zur Ausführung des Wehrgesetzes von 1888. Von diesem letzten Kredit waren  $\frac{1}{4}$  bestimmt für das Artillerie-, Waffen- und Munitionsweisen, insbesondere für ein neues Gewehr an Stelle des erst 1887 eingeführten neuen Gewehrs. Dazu kamen 1889/90 noch Zusatzkredite von 45813000 Mark, ferner eine erste Reihe Artilleriekredite in der Höhe von 61224180 Mark. Dazu rechnete man die hohen Kredite für Kasernenbauwerke; es galt die mit dem 1. April 1890 an die Ost- und Westgrenze verlegten Truppen unterzubringen. Auch die neuen Etats seit 1891 und 1893 weisen sehr große Beträge für Kasernierung der neuen Truppenadres, für neue Übungssätze ganzer Armeecorps, für die Festungen, für artilleristische Zwecke, für Vorräte und neue Kriegsformationen u. s. w. aus.

Zum 15. Juni 1898, dem zehnjährigen „Regierungsjubiläum“, veröffentlicht nun das offiziöse Militär-Wochenblatt einen Festartikel: Kaiser und Heer, zehn Jahre unaufhörlich fester Zusammengehörigkeit. Darin werden die Verdienste Wilhelms II. um den Militarismus eingehend gewürdigt.

Im Jahre 1890 wurden zwei neue Armeecorps gebildet, wozu die viersten Bataillone einiger Regimenter zu fünf neuen Regimenter sich zusammenschlossen. Das Jahr 1893 brachte uns mit der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen auch einen höheren Etat für die alten Bataillone und neue vierte Halbbataillone, aus

denen 1897 die Regimenter bis zur Nummer 180 hervor-

gingen. Dann heißt es:

Viele Garnisonveränderungen sind die Folge dieser Vermehrungen gewesen, um unsere Grenzen noch wirksamer schützen zu können. Truppenteile wie einzelne haben dabei oft lieb gewonnene Verhältnisse der alten Garnisonen, mit denen sie zum Teil eng verwachsen waren, entzogen müssen. Doch für jeden Soldaten ist „Regis voluntas suprema lex“. (Des Königs Wille ist das oberste Gesetz.) Der König riet und alle, alle lamen, so war es 1813, so ist es 1898, und so bleibt es, solange König und Heer fest zusammenstehen. In diesem Sinne haben die neuen Bataillone auch 1894 und 1897 aus der Hand des Altherkömmlichen Kriegsherrn ihre neuen Feldzeichen entgegengenommen, angelehnt des Denkmals Friedrichs des Großen und des Palastes Wilhelms des Großen, im Gedanken an die Schlacht von Leipzig und an den Geburtstag des Siegers von Wörth, des Dulderkaisers Friedrich III.

„Des Königs Wille das oberste Gesetz“, sagt das Militär-Wochenblatt, und man erinnert sich jener berühmten Rekrutensprache, in der vom Schießen auf Väter und Brüder die Rede war.

Das Militär-Wochenblatt schildert nun in den hellsten Farben den Aufschwung und die hohe Blüte der deutschen Heeresverfassung, die als musterhaft und unübertrefflich ausgezeigt wird. Da liest man:

Nicht nur die Infanterie, sondern auch die Pioniere, die Fußartillerie und der Train erfuhrn eine Vermehrung, Kavallerie, Fußartillerie und Train erst kürzlich eine Verbesserung ihrer Organisation. Seit 1895 wird das Lehr-Infanteriebataillon dauernd auf vollem Etat erhalten, um stets eine Truppe für Versuche aller Art zur Verfügung zu haben. Seit derselben Zeit unterstützen Jäger zu Pferde die Infanterie beim Wiederdienst und befreien die Kavallerie von empfindlichen Abgaben, die ihre Geschäftsfähigkeit schwächen könnten.

Die Feldartillerie ist während der Regierung unseres Kaisers nicht nur um Regimenter und Batterien vermehrt, sondern durch die Unterstellung unter die Generalkommandos mit den Schwesterwaffen in innigere Verbindung gebracht worden, die bei der weiteren Durchführung ihrer Organisation, so hoffen wir, noch wachsen wird, wenn erst jede Division über eine Artilleriebrigade verfügt und die Artillerieregimenter dafür an Umfang abnehmen, was wieder ihrer inneren Durchbildung zu gute kommen dürfte.

Aber nicht nur die Zahl der Truppen ist auf Befehl Seiner Majestät vermehrt und zweckmäßiger eingeteilt, auch ihre Ausbildung ist unter ganz persönlicher Altherkömmlicher Einwirkung auf andere, der Gegenwart entsprechende Grundlagen gestellt worden. Gleich einer der ersten neuen Vorschriften nach Seinem Regierungsantritt war das Exerzier-Reglement für die Infanterie vom 1. September 1888, dem 1889 ein Neubruck folgte. In Verbindung mit dem Reglement für die Kavallerie von 1895, für die Feldartillerie von 1892 und mit der Hebdienst-Ordnung von 1894 steht es uns die Richtschnur für unser Verhalten auf dem Gefechtsfelde, nicht nur die Formen, sondern auch den Geist, in dem wir kämpfen sollen, den Geist des gut vorbereiteten

und unaufhaltsam durchgeföhrt Angriffs, den Geist der jäh festhaltenden Verteidigung, der rücksichtslosen Verfolgung.

Heute mehr wie je versiegeln wir hierfür über unübertragbare Waffen, die Infanterie über das Gewehr 88, das schon in seiner Bezeichnung auf den Regierungsantritt unseres Altherkömmlichen Kriegsherrn hinweist und in seinem vollausgenutzten Kaliber noch lange erhalten bleiben kann. Die Schießvorrichtung von 1893 regelt seine Verwendung, die von Jahr zu Jahr dank der Anteilnahme Seiner Majestät eine immer vollkommenere wird. Kaiserbüchsen, Kaiserabzeichen, Kaiserstäbe, Kaiseruhren werden alljährlich verteilt. Durch den diesjährigen Ausfall des Einzel-Prüfungsschießens wird der Nachdruck immer mehr auf die Gefechtsausbildung gelegt. Die Kavallerie hat in der Königin der Waffen, der Lanze, einen erheblichen Zuwachs an Stoßkraft gewonnen und wird mit dem Karabiner 88 immer vollendet auch im Gefecht zu Fuß ausgebildet. Die Feldartillerie endlich ist mit dem neuen Material C/97 den Nachbarstaaten um ein erhebliches Überlegen. Ganz in der Stille waren unter den Augen Seiner Majestät Anfertigung und Schleißversuche vor sich gegangen, bis auf einmal die erstaunte Welt von der bereits erfolgten Umbewaffnung Kenntnis erhielt. Artillerie und Infanterie wetteifern jetzt in der Verstärkung des Gegners auf Entfernung, auf denen ein unglaubliches Auge überhaupt noch keinen Menschen erkennt. Auf großen Übungsspielen kann die Schlachtkunst bei kriegsmäßig angelegten Gefechtsübungen und Gefechtsübungen geübt werden, auch dies eine Errungenschaft der letzten Jahre seit 1893. Auf diese Weise können die Truppen besser vorbereitet zu den großen Herbstübungen ausrücken, die in immer größerem Stile nun auch den höheren und höchsten Führern Gelegenheit geben, ihr Feldherrentalent zu erproben.

Hier wird in einer offiziellen Fachzeitschrift, die die erste in Deutschland ist (ihre Verantwortliche ist der Generalmajor z. D. von Estorff, ihr Verleger die bekannte Königliche Hofbuchhandlung von E. S. Mittler u. Sohn in Berlin), mit erfreulicher Offenheit die ausgezeichnete, die Nachbarstaaten an Leistungsfähigkeit schlagende Organisation und Bewaffnung der deutschen Armee festgestellt. Mit kriegerischer Unzweckmäßigkeit wird die längst bekannte Thatsache berichtet, daß die Neubewaffnung der Artillerie durchgeföhrt war, ehe der Reichstag die Mittel bewilligt hatte, eine Maßregel, die budgetarisch zwar nicht zulässig, für die militärischen Zwecken aber „opportun“ war.

Trotz allem aber hören wir schon wieder von neuen großen Militärforderungen, und die Steuerzahler haben zu fürchten, daß sie für den unaufhaltsamen Fortschritt der Waffentechnik wiederum zu bluten haben werden. Die Gewehrfertigkeit reicht nicht ab, immer wieder werden die anderen Nachbarstaaten mit ihrem drohenden Wettkampf in der Kunst der Waffenordnungsgerüste dem biederem Bürger vorgeführt, und hier liest man doch, daß wir über „unübertragene Waffen“ verfügen, daß unsere Artillerie den ausländischen Konurrenten „um ein Erhebliches überlegen ist“ etc. Bei

## Seuilleton.

Novellen verboten.

### Rheinlandstöchter.

Roman von G. Viebig.

„Erlauchtige Frau sind im Boudoir, gesessen.“ flüsterte der Diener und schlug die seidene Portiere zur Seite — „bitte!“

Einen Augenblick sah Nelda nichts, nur ein Gewirr von Weiß und Rosa; gegenüber das breite Balkonfenster blendete sie, es ging hinaus in den Garten. Schwüle Freudelust kam herein — Tristan und Isolde —! Einen Moment glitt der verschwiegene Garten und die Bank im Gebüsch an ihr vorüber — hier möchte es gefährlich sein, dem Ruf der Nachtigall zu lauschen. — — — Sie machte die Augen groß auf, jetzt sah sie. Da war Anselma!

Die schöne Frau hatte sich eben von der Chaiselongue erhoben, noch lagen die selgenden Rüschen in Unordnung, zerwühlt; ein aufgeschlagenes Buch am Boden, ein elegantes Taschentuch daneben.

„Fräulein Dallmer — ah — Nelda Dallmer!“

Frau Arnheim neigte prüfend den Kopf zur Seite, dann lächelte sie, aber nur der Mund lächelte, die Augen blieben ohne Teilnahme.

„Was führt Sie zu mir? Sie sehen mich ganz erstaunt — aber ich freue mich, freue mich sehr!“

Nelda fand, so weit sie sich erinnern konnte, die Stimme sehr verändert; der stolze, lächelnde Mädchenton war

weg, statt dessen das Organ belegt, wie von innerer Unruhe durchzittert.

„Ich freue mich,“ sagte Frau Arnheim mit dem verbindlichsten Lächeln, und es war doch, als fragte sie: „Warum kommt Du, was willst Du, was weißt Du?“ Oder war es Neldas Argwohn, der so die Worte umdrehte? Der sie auf der weißen Stirn über der gemeißenen Bluse die eingegrabene Falte sehen ließ, die sonst nur der Spiegel kannte?

„Bitte nehmen Sie Platz!“

Frau Arnheim zog ihren Besuch an beiden Händen neben sich auf die schwollende Chaiselongue mit weißer, rosen-durchblümter Seite bezogen.

„Ich freue mich, Ihr Gesicht zu sehen, es ist mir wie ein Gruss aus alter Zeit. Sie haben sich gar nicht verändert, so frisch, so rosig — nein, wirklich allerliebst! Welch guter Einfall, mich aufzusuchen! Ich danke Ihnen, wirklich sehr, sehr liebenswürdig — Sie sind schon so lange in Berlin, wo wohnen Sie, gefällt es Ihnen?“

Wie das wirbelte und sich hezte! Neldas Augen wurden immer größer — wie kam sie zu dieser Herzlichkeit? Sie konnte sich keiner freundlichen Beziehungen zu Anselma von Koch erinnern.

Frau Arnheim hatte recht den Ton der Welt dame studiert; sie leerte das alles so eingelernt herunter Phrasen, die man täglich in anderen Varianten wiederholt, von denen die Seele nichts weiß. Diese langbewimperten Augen hatten jetzt nichts Sieghaf tes, nein, etwas gräßlich Müdes — Nelda rückte sich plötzlich zurecht, sie mußte nun sprechen, gleich, sowie die andere sie zu Wort kommen ließ.

„Und wie geht es Ihnen, also es gefällt Ihnen gut hier, was — was — darf ich fragen, was mir eigentlich die Freude Ihres Besuchs verschafft?“

Halt, da war wieder die unruhige Frage: was willst du? Nelda wurde blaß und rot, sie fühlte ihr Herz klopfen, und dann sagte sie mit tapferem Entschluß — Ihre Stimme klang merkwürdig eindringlich gegen das hastige Hingerede der anderen.

„Ich komme mit einem Anliegen, gnädige Frau. Sie würden es mir ja auch nicht glauben, wenn ich sagte, ich käme aus bloßer Neugier zu Ihnen; von so etwas war zwischen uns nie die Rede!“ Sie muste lächeln, trotz ihrer inneren Erregung, und um die Lippen von Frau Arnheim spielte auch ein Lächeln; sie dachten beide jenes Zusammentreffens in der blumendurchdruseten Veranda. Sie trugen damals ein gesticktes Bettlaken und einen Rosenhut — o ich weiß das alles sehr genau! — aber was Sie nicht wissen können, ist, daß ich eine Erinnerung an Sie nahm, als seien Sie so wahrhaft stolz, sich eines Unrechts zu schämen. Und das ist viel!“

„Ich?“ Frau Arnheim hob den Kopf — „Wie kommen Sie darauf?“ Noch lächelte sie, aber das Lächeln und der verbindliche Ton der Stimme waren Maske — was sollte diese seltsame Einleitung des Gesprächs?

„O ja!“ Nelda fuhr gelassen fort, sie sah das unruhige Umherflackern der blauen Augen. — „Sie werden mich für dreist, ja unverschämt halten, Sie werden mich vielleicht hinausweisen, mag sein, ich muß es eben daraufhin wagen. Ich habe eine Bitte an Sie“ — das Mädchen hielt zägernd einen Augenblick inne — „an Ihren Edelmutter!“

Ah, da war's — die reiche Frau atmete erleichtert auf — man wollte sie anbeteln! Diese Dallmer, wer hätte das gedacht, sie sah einfach aus, aber durchaus nicht düstig, im Gegenteil, ganz wie eine Dame!

(Fortsetzung folgt.)

neuen Heeresforderungen muß man diese Ausschließungen des Militär-Wochenblattes sorgsam beachten und verwerten.

In dem Festartikel des Militär-Wochenblattes heißt es dann noch: "Die Fürsorge des Kaisers hat sich aber auch nicht in letzter Linie, dem Geiste des Heeres zugewandt, seiner Disciplin, die in einer erst vor wenigen Wochen fertiggestellten Militär-Strafgerichtsordnung sich ohne Lockerung der straffsten Sicht den neuern Rechtsauffassungen anpaßt. Die Erziehung des Offiziercorps — denn „der Geist eines Heeres sitzt in seinen Offizieren“ — ist im Kadettencorps und auf den Kriegsschulen unter unserem Kaiser in neue Bahnen gelenkt worden, in dieselben wie das gesamte Schulwesen, nämlich in die des frischen Lebens, wie es dem offenen Auge auf Schritt und Tritt sich darbietet. In diesem Geiste fängt man jetzt auch an, den Mannschaftsunterricht zu leiten. Die Fortbildung der Offiziere ist seit 1895 durch eine Erweiterung der Kriegssakademie begünstigt worden, ihre Leitung durch Aufbesserung der Gehälter 1897 erleichtert, während der Kaiser bereits von Anfang an allem Luxus scharf entgegentrat und weitere Kreise zur Ergänzung der vermehrten Offiziercorps heranzog. Ebenso ist für die Unteroffiziere durch Vermehrung der für sie vorbehaltenden Civilstellen und durch Geldprämien gesorgt worden, wie auch Unteroffizierschulen und Unteroffiziersvorschulen eine Vermehrung erfahren haben."

Die Militärstrafprozeß-reform" als eine "Anpassung" an moderne Rechtsauffassung zu betrachten, dazu gehört — militärischer Geist. Der "Mannschaftsunterricht" wird zur Schulung gegen die Sozialdemokratie benutzt; die Ergebnisse sind aber freilich auch danach.

Folgt der Dank für des Kaisers höchstpersönliche Flottenpolitik. "Wie dem Heere, so gelten Thun und Denken des kaiserlichen Herrn in besonderem Maße der deutschen Flotte, deren Angriffstaktik und Vergnügung herbeizuführen der Kaiser in Schrift und Wort nie müde geworden ist, bis ihm in diesem Jahre die Festlegung eines planmäßigen Ausbaues gelang. Der 1895 von ihm eröffnete Kaiser-Wilhelm-Kanal (sein Bau ist 1887 in Angriß genommen worden) kommt der Kriegs- wie der Handelsflotte zu Nutzen."

Da alles so gut bestellt ist in Heer und Marine, warum drängt dann eine Forderung die andere, warum wird der Phantasie durch die falschen Schilderungen der ausländischen Rüstungen ins Bochhorn gejagt?

## Politische Übersicht.

### Die Sozialdemokraten

So schreibt das Kölner Centrumblatt, haben bei den Reichstagswahlen im ersten Anlauf nur 32 Mandate erobert und stehen noch in 101 Wahlkreisen zur Stichwahl. Somit ist in 183 Wahlkreisen, d. h. mehr als einem Drittel, die Sozialdemokratie diestärkste oder zweitstärkste Partei. Wir brauchen gar nicht die Gesamtsumme der für sie abgegebenen Stimmen abzuwarten, um von einem bedeutenden Anwachsen der Partei zu sprechen. Die Zahlen, die da aus so und so vielen Wahlkreisen noch zu Dutzenden oder Hunderten zusammengebracht werden, würden uns gar nicht imponieren; aber man muß gestehen, die Partei hat nicht so unrecht, wenn sie mit Selbstbewußtsein auf ihr fortgesetztes Anwachsen hinweist. Wie wird das enden? fragt man sich. Wird einmal ein Stillstand eintreten oder wird die Partei schließlich die Mehrheit bei den Wahlen erreichen? Man sieht nicht, daß es eine natürliche Grenze geben müsse, an der sie endlich Halt machen werde. Sie umspannt immer weitere Kreise. In den Städten insbesondere beschränkt sie sich schon längst nicht mehr auf die Arbeiterkreise; zahlreiche Leute aus dem Mittelstande gehen mit ihr."

Dann heißt es:

Gewiß ist nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der sozialdemokratischen Wähler wirklich zielbewußt sozialdemokratisch. Die meisten sind Mittäuber, die mit irgend etwas unzufrieden sind und nun mit dem Stimmzettel ihrem Herzer Lust machen wollen. Der Glaube an den Zukunftstaat dürfte sogar eher im Abnehmen als im zunehmen begriffen sein. Mögen doch selbst die Führer nicht gern mehr etwas von ihm hören. Gleichwohl bleibt es eine sehr bedenkliche Errscheinung, daß so große Wählermassen sich gerade dieser Partei zuwenden. Selbst wenn es mit der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft nicht so schlimm stehen sollte, wie meist angenommen wird, so zeugt es doch von bestiegenswerten Zuständen im Lande, wenn eine Partei, die den Kampf gegen alles Bestehende auf ihre Fahne geschrieben hat, solchen Zuspruch findet. Es muß unbedingt etwas nicht in Ordnung sein.

Die Scharfmacher werden natürlich sofort sagen, es müßten Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie ergriffen werden. Bei den Stichwahlen wird die Sammlung gegen die Sozialdemokratie, von der so viel geredet worden ist, ja wohl Thatache werden. Aber ist die Sozialdemokratie damit aus der Welt geschafft? Nicht um einen einzigen verhindert sich dadurch die Zahl der am 16. Juni abgegebenen sozialdemokratischen Stimmzettel und der Leute, welche diese Petition abgegeben haben. Die Sozialdemokratie bleibt gleich stark, auch wenn sie keinen einzigen Abgeordneten mehr durchbringt. Also mit dieser "Sammlung" ist gar nichts gethan.

Ebensoviel ist etwas ausgerichtet mit allerlei Polizeimaßregeln, die der Sozialdemokratie die Freiheit der Bewegung nehmen sollen. Wer davon etwas erwartet, geht von der grundsätzlichen Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie das Produkt einiger schlechter Menschen, einiger Agitatoren und Heher sei. Agitatoren und Heher haben noch niemals dauernd Erfolg gehabt, wenn der Boden, auf dem sie arbeiten, nicht gut vorbereitet war. Wären die Verhältnisse in der Arbeiterschaft und beim kleinen Mann so, daß er zufrieden sein könnte, so könnten die Agitatoren lange reden, sie würden wenig ausrichten. Nur ein Haufen geborener Kräfte würde ihnen nachlaufen, die Masse nicht. Darum ist gegen die Sozialdemokratie nur etwas auszurichten, wenn die Instanzen, die zur Unzufriedenheit Anlaß geben, verbessert werden. Die Behauptung, daß bereits alles vortrefflich sei, findet keinen Boden. Nun wird gern erwidert, aber alle Sozialreform habe ja nichts genützt, die Sozialdemokratie schreite doch vor; sie benutze sogar die Reformen, um Propaganda zu machen. Zunächst leistet es ihr doch wohl die meisten Dienste, daß die Reform überhaupt stecken bleibt. Niemand hat den Agitatoren willkommen und wirksameres Stoff geliefert, als die erbitterten Gegner der Sozialreform. Statt also diese anzuladen, sollten sie sich lieber fragen, ob nicht mehr gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet worden wäre, wenn man energisch weiter gearbeitet hätte.

Man durfte sich von vornherein nicht dem Glauben hingeben, mit einigen Reformmaßregeln die Massen der Sozialdemokratie binnen kurzem absentia machen zu können. Man muß einmal viel Ge-

bulb haben, und vor allem muß man ganze Arbeit machen. Alle Haltbarkeit erregt schließlich nur Enttäuschung und Unzufriedenheit. Selbst abgesehen davon, daß die soziale Gerechtigkeit eine viel gründlichere Sozialreform erfordert, als sie bisher geleistet worden ist, muß man schon aus Klugheit sie fortführen. Je weniger Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist, um so weniger können die Agitatoren ausrichten.

Wir sehen jetzt schon, daß die Sozialdemokratie sich immer mehr maßert. (?) Das darf man doch als einen Erfolg der Sozialreform ansiehen, während man das Anwachsen der Sozialdemokratie dem Stillstand der Reform auf Rechnung sezen muss. Fahren wir mit der Reform fort, so wird auch die Partei mit der Mauserung fortfahren. Ober was für ein Mittel weiß man denn sonst, um diesem Anwachsen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken? Gewalt hilft nicht. Wer also Reformen nicht will, möge ein anderes Mittel angeben. Ober soll sich die Gesellschaft der Sozialdemokratie gegenüber bereits für bankrupt erklären? Die Scharfmacher ist im Grunde schon eine Banftrotterklärung.

Wir verzeichnen diese beachtenswerte, für die Scharfmacher nicht erfreuliche Kundgebung der Kölnischen Volkszeitung, eines leitenden Organs der Centrumspartei.

### Deutsches Reich.

#### Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

W. Beuthen (Oberschlesien), 22. Juni. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der hiesigen Strafkammer der Arbeiter Anton Birnholz von hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Österreich.

#### Eisenbahnkonzession.

Einer Depesche aus Peking zufolge verlangte der deutsche Gesandte Baron Heyting vom Chung-li-Yamen die Gewährung der Konzession an die Deutschen für den Bau einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschinling.

#### Wieder ein offizielles Dementi.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In englischen Blättern ist kürzlich von einem langen Briefe, den der Kaiser von dem Prinzen Heinrich über die angebliche Wertlosigkeit Rautschous erhalten hatte, die Rede gewesen. „Da man diese Nachricht auch in deutschen Blättern bemerkt hat, möge festgestellt sein, daß es sich um eine freie Erfindung handelt.“

#### Ein englisch-italienisches Syndikat.

Die Preußische Zeitung meldet aus London, daß das dortige englisch-italienische Syndikat vom Chung-li-Yamen die Konzession zur industriellen Ausbeutung der Provinz Honan nördlich vom Gelben Fluss erhielt. Die Konzession soll sich auf Bergbau, Eisen- und Petroleumsgewinnung, auf den Bau von Eisenbahnen und Kanälen erstrecken. Der Vertrag wurde bereits unterzeichnet.

\* Berlin, 23. Juni. Die preußischen Landtagswahlen werden, wie der Münchener Allgem. Zeitung aus Berlin von „zuständiger Seite“ versichert wird, voraussichtlich erst im November vorgenommen werden. —

Über den Saatenstand in Preußen um die Mitte des Monats Juni 1898 veröffentlicht das Statistische Bureau eine Übersicht in der Statist. Korr. Danach berechnete (im Vergleich mit dem Mai d. J.) um die Mitte des Monats Juni — Nr. 1 zeigt die Erwartung einer sehr guten, Nr. 2 einer guten, Nr. 3 einer mittleren (durchschnittlichen), Nr. 4 einer geringen, Nr. 5 einer sehr geringen Ernte an — der Stand des Winterweizens zur Erwartung einer Ernte 2,2 (2,2), Sommerweizen 2,6 (2,5), Winterweizen 1,9 (2,0), Winterroggen 2,8 (2,8), Sommerroggen 2,8 (2,7), Sommergerste 2,7 (2,5), Hafer 2,7 (2,5), Erbsen 2,8 (2,6), Kartoffeln 2,8, Rüben 2,1 (2,1), Wiesen 2,4 (2,8). —

An dem Scheitern der internationalen Zuckerkonferenz in Brüssel zweifelt die Londoner Morning Post nicht mehr und empfiehlt der englischen Regierung, sich aus der Konferenz zurückzuziehen. Frankreich würde nur dann seine Haltung ändern und sich der Abschaffung der Prämien fügen, wenn diejenigen Staaten, die die Befreiung der Prämien wollten, auf französischen Zucker Ausgleichszölle zu legen entschlossen seien. Lord Salisbury sei gegen die Annahme dieser Politik seitens Englands, obwohl die Mitglieder der englischen Regierung Balfour, Chamberlain und Michael Hicks-Beach sich öffentlich für die Abschaffung der Zuckerprämiens und für die Auflösung von Ausgleichszöllen erklärt hätten. —

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Herr Diederich Hahn hat seinen Wählern mitgeteilt, daß er vom Bunde 9000 M. Gehalt beziehe, was bei den teuren Verhältnissen Berlins und seiner Arbeitsleistung nicht gerade sehr hoch sei. —

Der Frankf. Zeitung wird aus Konstantinopel berichtet, daß der Sultan ein 3000 Meter im Gebiet umfassendes Landstück außerhalb Jerusalems bei Zion angelaufen hat, um es dem Kaiser Wilhelm, dem summus episcopus (obersten Bischof) der evangelischen Landeskirche Preußens, zu übergeben. Es soll dort ein Kloster für die deutschen Franziskaner, den bekannten latinschen Mönchsorden, erbaut werden. Der Berichtsteller der Frankf. Ztg. stellt seine Meldung auf Mitteilungen aus dem Patriarchat zu Konstantinopel.

Die Kreuzzeitung und die geistesverwandte Schlesische Zeitung finden nicht Worte, die scharf genug ihre Entrüstung über solche Freiwillige zum Ausdruck bringen, die in der Stichwahl für die Sozialdemokraten eintreten. Das schlesische Junckerblatt bezeichnet es als eine „Schamlosigkeit“, wenn in einem Teile der freisinnigen Presse dazu aufgefordert wird, bei den Stichwahlen die Sozialdemokratie gegen bürgerliche Parteien zu unterstützen. Dieser zarten Auslastung stellt die Breslauer Zeitung einen Leitartikel der Schlesischen Zeitung vom 18. Juni 1893 entgegen, in dem es wölblich heißt:

Eugen Richter selbst ist genötigt, sich in seinem alten Wahlkreis Hagen mit einem Sozialdemokraten bei der Stichwahl zu messen. Wir halten es für ganz selbstverständliche, daß die Wähler der staatsverhaltenden Parteien dem Sozialdemokraten gegen Eugen Richter zum Siege verhelfen.

Das ist ein bitteres Titat.

Wir haben in der gestrigen Nummer mitgeteilt, daß Herr Edmund Klappe der Erklärung der Seehandlung die Behauptung entgegensezte, der von ihm benannte Händler habe seit 20 Jahren unzählige Posten Mehl von den Bromberger Mühlen oder deren Agenten bezogen.

Die Generaldirektion der Seehandlungssocietät sendet nun Herrn Klappe folgende Verichtigung:

Der in dem Briefe benannte Händler in D. hat niemals von den Bromberger Mühlen direkt oder durch deren Agenten irgend einen Posten Mehl bezogen.

Hannover, 22. Juni. Der deutsche Fleischerverbandstag ist am Dienstag in Hannover zusammengetreten; er lehnte mit großer Mehrheit eine Resolution zur Bildung von Zwangs-

innungen ab. Einstimig wurde ein Antrag angenommen: Der Verbandsvorstand möge beim Reichskanzler darum ersuchen, daß seitens des Reichsgesundheitsamtes festgestellt werde, welche der seither gebräuchlichen Konserverungsmittel bzw. welche Mengen derselben zur Konserverierung von Fleisch, insbesondere als Zusatz zu Hackfleisch zulässig sind. Da noch Mischung eines Teiles der Chemie eines der bis jetzt gebräuchlichen Mittel als ganz unschädlich bezeichnet werden kann, wird der Verbandsvorstand gleichzeitig beauftragt, wenn nötig durch Preisaufrufserheben, zur Herstellung eines wirksamen, unschädlichen Mittels aufzufordern.

Weiter sprach sich der Verbandsstag für die Bestenerung der Konsumvereine aus. Natürlich!

Viernitz, 22. Juni. Bürgerliche Blätter melden: Die Ruhestörungen haben sich gestern abend wiederholt. Das Militär mußte wiederum eingreifen und es gab zum Teil schwere Verwundungen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Ein Dreckslergeselle wurde durch einen Bajonettschlag getötet.

Die Polizeiverwaltung erläßt eine abermalige Warnung mit der Androhung, daß bei weiteren Unruhen das Militär die Schußwaffe gebrauchen werde.

W. Beuthen, 22. Juni. Der übermächtige Einfluß der Beamtenchaft, der bei den Wahlen so überaus ungemein hervortrat, zeigt sich u. a. auch in der Ausschaltung der Geschworenenlisten. Schon immer bestand die Majorität der Geschworenen aus Beamten, aber so groß wie auf der Liste für die nächste Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Beuthen war sie wohl noch nie. Von 30 Geschworenen sind 28 (!) Beamte, 2 Privatleute. Man kann es unter solchen Umständen der Arbeiterschaft nicht verdauen, wenn sie gegen diese Beamtergerichte hohes Misstrauen empfindet. Bei der Art der hiesigen Arbeiterschadung gilt der Beamte als der Feind der Arbeiter.

Karlsruhe, 22. Juni. Der badische Landtag hat, wie schon gestern kurz gemeldet, die Anträge von Dreesbach und Genossen auf Ausdehnung des Fabrikinspektors angenommen. Wie wir in Nr. 133 vom 13. Juni berichteten, hatte die Petitionskommission den sozialdemokratischen Anträgen wesentliche Änderungsvorschläge entgegengesetzt, deren Wortlaut an der angegebenen Stelle mitgeteilt worden ist. Bei der Verhandlung im Plenum wurden jedoch die Anträge Dreesbach und Genossen im wesentlichen wieder hergestellt. Die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Haushaltswirtschaft ließen die Antragsteller selbst fallen, weil der diesbezügliche Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag nicht mehr zur Erledigung kam und daher vorläufig auch im badischen Landtag nicht zur Verhandlung kommen kann. Dagegen wurde der Antrag auf Errichtung von Unterinspektionen und auf Einstellung von zwei weiblichen Fabrikinspektoren fast einstimmig angenommen und mit 32 gegen 13 Stimmen beschlossen, daß die Arbeiter bei Besetzung der Stellen nicht akademisch gebildeter Beamten der Fabrikinspektion und Bestellung von Verkäufern und Männern das Vorschlagsrecht haben sollen. Damit ist der Einfluss der Arbeiterschaft auf die Zusammensetzung der Fabrikinspektion gesichert und ein wichtiger Schritt in den Bestrebungen der Sozialdemokratie für den Arbeiterschutz vorwärts gethan.

München, 22. Juni. Der Kultusminister hat telegraphisch die z. B. im Gange befindlichen Abiturientenprüfungen in sämtlichen Realschulen Bayerns sistiert, da festgestellt worden ist, daß ein Schüler einer Münchener Schule durch einen Lehrer der mit dem Druck einzelner Aufgaben betrauten Druckerei sich mathematische Aufgaben zu verschaffen gewußt und diese zur Kenntnis der ganzen Klasse gebracht hat. Es werden ganz neue Aufgaben gestellt werden.

Keine politische Nachrichten. Die Post meldet: Generalmajor v. Rabe, der am 21. Juni in Deutsch-Eylau bei Besichtigung eines Bataillons, durch die Schülern tüchtig reitend, durch ein scharfes Geschoss am Oberschenkel verwundet wurde, dürfte nach Ansicht der Aerzte völlig wieder hergestellt werden. Der Verwundete ist zunächst in das Garnisonslazarett in Deutsch-Eylau aufgenommen worden. — Der deutsche Schlossertag ist am Montag in Eisenach zusammengetreten. Er sah eine Resolution zu Gunsten von Zwangsinstitutionen. Die Delegierten von Berlin, Stettin und Breslau erklärten sich dagegen. — Der Verlauf polnischer Beziehungen ist nach der Danziger Zeitung ebenso wie in Polen auch den Bahnhofsbuchhändlern in Westpreußen und Schlesien verboten worden. — In der Reichsrats-ersatzwahl im galizischen Landesbezirk Tarnopol-Boraz wurde der gemäßigte Ruthen Gladybowski gewählt. — Das Brüsseler Blatt: Etoile Belge meldet, der Gründer-König Leopold habe als „Souverain des Kongostates“ mit einem Konsortium Brüsseler Bankiers eine Auktion von 20 Millionen Franken abgeschlossen, die zu Ausgaben für die im Kongostate auszuführenden öffentlichen Arbeiten verwendet werden sollen. — Der frühere französische Deputierte Neimont hat dem Berichtsteller des militärischen Disziplinargerichts mitgeteilt, daß er auf die Vernehmung der von ihm nachhaltig gemachten Zeugen verzichtete. Er werde sich damit begnügen, vor dem Disziplinargericht einen Brief zu verlesen, den ihm einer der „ausgezeichneten Patrioten Frankreichs“ aus freien Stücken über sandt habe. — Eine Schauermär meldet die Gazette del Popolo in Turin aus Petersburg, wonach Graf Ivanow, der Kammerherr des Zaren, dessen Frau sowie Oberst Schischkin und mehrere in der Hofküche angestellte Bedienstete wegen des Versuchs, den Zaren zu vergiften, verhaftet wurden. Der Letztere habe Gift in dem Frühstückstheke des Zaren entdeckt. Die Zarin, die von dem Thee gefestet hatte, füllte selbst an schrecklichen Magenkämpfen. Die Hundstage nahmen, die Räubergeschäfte schließen wie Blize empor. — Das von dem schwedischen Kultusminister Gilljam eingereichte Entlassungsgesuch wurde vom Könige genehmigt. Zum Nachfolger ist der Assessor am höchsten Gericht, Glaeson, ernannt worden.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Thunisches Regiment. Palachsfelder. — Gleispach.

Aus Prag wird vom 22. Juni gemeldet: Der Stadthalter erteilte dem Rektorat der deutschen Universität den Auftrag, aus Anlaß der Palackyfestlichkeiten das Universitätsgebäude zu beflaggen. Die Professoren erhoben dagegen Vorstellung beim Ministerium, daß die Anordnung des Stadthalters bestätigte. Gleichwohl wurde die Universität nicht bestätigt.

General Komarov wurde von der Polizei ersucht, Nieden wie die beim Journalistenbalkon gehaltene, lästig zu unterlassen, da es nicht angehe, die Deutschen daran anzugreifen.

Das offiziöse Wiener Fremdenblatt veröffentlicht ein halbmäßiges Communiqué (Mitteilung). Es hebt hervor, daß die höchst taktlose Rede des Generals Komarov bei Gelegenheit der Palachy-Feier in Prag heute die gesamte öffentliche Meinung Oesterreichs beschäftigte. „Medaillon“ Komarov kann durchaus nicht als ein Vertreter der öffentlichen Meinung seines Landes gelten, er genießt vielmehr samt seinem Blatte in den

mahgebenden Kreisen Russlands die gründlichste Misshandlung." Dem genannten "General" wurde übrigens, wie das Blatt aus sicherer Quelle erfährt, von Seiten der Behörde nicht nur der Mißbrauch der Uniform vorgehalten, sondern auch sofort nach dem Bekanntwerden der Rede sehr deutlich bemerkt, wie unstatthaft es sei, daß ein Fremder, Bürger eines fremden Reiches, es sich herausnehme, vorbei Reden in einem Lande zu halten, wo nationale Gegenseite herrschten, wo daher natürlich solche Neuerungen den Charakter einer bestätigten Friedensstörung annähmen. Komarow dachte es lediglich der traditionellen österreichischen Gastfreundschaft, daß gegen ihn nicht noch ganz anders vorgegangen würde, und daß er noch innerhalb der schwarz-gelben Grenzenpässe verweile.

Und aus Graz kommt vom 22. Juni die Nachricht: Heute erschien Graf Gleispach, der den Grazer aufstrophierte Oberlandesgerichtspräsident und Ex-Justizherge Baden, vor dem versammelten Gremium des Oberlandesgerichts. Der Vizepräsident Wanggo hielt an ihm eine Ansprache, in der er betonte, welche Verdienste sich Graf Gleispach um die Gestaltung des Gerichtswesens erwarb, welches Wohlwollen er der materiellen Lage der richterlichen Beamten entgegenbrachte. Wanggo versicherte, daß die Mitglieder des Grazer Oberlandesgerichts auch in Zukunft unbefangen, frei von jeder Partei- und Leidenschaft, unbbeeinflußt von der Tagesströmung ihrer schwierigen Aufgabe nachkommen würden. Graf Gleispach erwiderte, daß, wenn ihm auch die Verhältnisse verbieten, selbst im intimen Kreise sich über seine Haltung im öffentlichen Leben anzusprechen, er doch versichern könne, daß er in seinem ganzen Fühlen, Denken und Urteilen sich stets gleich gewesen sei, daß er als dieselbe zurückgelehrt sei, wie er Graz als Minister verlassen habe.

Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden, obwohl Graf Gleispach kürzlich den Weg vom Gerichtsgebäude in seine Wohnung zu Fuß zurücklegte. Die Wohnung Gleispachs wird noch von Gendarmen streng bewacht.

Welch ein Oberrichter! Er sagt aber die Wahrheit: Gleispach blieb stets derselbe skrupellose Streber.

Die Palackyfeier in Prag, die eigentlich nur dem Manne der Wissenschaft gelten sollte, hat einen eigenen Beigeschmack bekommen durch ein Telegramm des russischen Großfürsten Konstantin, daß dieser in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Russischen Akademie der Wissenschaften an die feiernden Tschechen gesandt hat. Der Großfürst Konstantin spricht darin darüber seine "besondere Genehmigung" aus, daß Palacký durch seine wissenschaftlichen Arbeiten zur Festigung der Selbständigkeit des tschechischen Volkes beigetragen habe.

Die Wiener Neue Freie Presse bemerkt in einem Artikel unter anderem: "Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Petersburg möchte das Bedürfnis haben, den Tschechen eine Höflichkeit zu erwiesen und das Andenken des Geschichtsschreibers Palacký am hundertjährigen Gedenktag seiner Geburt zu ehren. Dafür wäre leicht eine Form zu finden gewesen, die gebührt hätte, daß der Name des Präsidenten, eines russischen Großfürsten, mit einer Kundgebung des Deutschenhauses in Verbindung gebracht wird."

Das Blatt fährt dann weiter fort: "Großfürst Konstantin ist in Österreich wenig bekannt. Nur die Thatsache ist dem Gedächtnis nicht entgangen, daß er plötzlich in Nancy erschien, als dort gegen das deutsche Reich auf einem Turnfest herausfordernd demonstriert wurde. Damals war auch Podlipny, dessen Andenken durch die Plünderungen in Prag verehrt bleibt, in die Hauptstadt des französischen Lothringen gekommen. In den Gassen von Nancy mochte er zum erstenmal einen lebendigen Großfürsten gesehen haben. jedenfalls hat er sich die größte Mühe gegeben, beachtet zu werden, denn er hielt eine Rede, in der den Franzosen schlankweg ein Blümlins für den Feldzug gegen Deutschland angeboten wurde. „Unsere Feinde sind die eueren; eure Feinde die unseren, unsere Empfindungen und Wünsche die gleichen, keine Gewalt, keine Macht kann uns trennen!“ Gleichzeitig teilte Podlipny den erstaunten Franzosen mit, die österreichischen Tschechen wären auch ein Zweig der großen slawischen Familie, an deren Spitze das heilige Rusland stehe. Damals haben sich Großfürst Konstantin und die wildesten Tschechen auf französischem Boden, in den Straßen von Nancy begegnet und jetzt feiern ihnen derselbe russische Prinz einen politischen Gruß, der sie in geradezu verwegenen Plänen bestärkt muss. Was möchten die russischen Minister sagen, wenn ein österreichischer Erzherzog nach Nizza telegraphieren würde, er fühle besondere Genehmigung, daß irgend ein Historiker zur Festigung der Selbständigkeit des deutschen Volkes in den Ostseeprovinzen beigetragen habe."

Die tschechischen Chauvinisten wissen sich vor Freude über das Telegramm kaum zu fassen. An den Großfürsten Konstantin wurden zwei Dankelegramme abgeschickt. In dem Telegramm des Festsaalchusses, gezeichnet vom Prager Bürgermeister Podlipny, dem Organisator der Karneval in Prag, heißt es: "Zu sturmischer Begeisterung über die Beweise der herzlichen Sympathien des russischen Brudervolkes und über die persönliche Beteiligung eines hervorragenden Vertreters desselben rufen wir aus voller Seele: „Es lebe Eure Kaiserliche Hoheit! Es lebe das große Volk des heiligen Rusland!“

Ein zweites Dankelegramm ging von der tschechischen Akademie der Kunst und Wissenschaften aus.

Gegen die Umtriebe des russischen Agenten, des Fürsten von Montenegro, erklärt die österreichisch-ungarische Regierung eine scharfe Kündigung.

Anknüpfend an eine kürzliche Auskunft des Glas Enagorca wendet sich das offiziöse Wiener Fremdenblatt in scharfen Worten gegen dieses Blatt. Der Ton des förmlichen Organs erheischt die entschiedenste Burrechtweisung; so freche Insinuationen stünden einem sich als offiziell gehabenden Blatte einer Regierung nicht zu, die an das Wohlwollen Österreich-Ungarns vielfach appelliert und ihm vieles zu danken habe; sie seien nicht nur ein schlechter Dank für vergangene Wohlthaten, sondern auch ein sabel gewöhntes Mittel, um zukünftig ähnlicher Wohlthaten teilhaftig zu werden.

Das Fremdenblatt glaubt, sein vernünftiger Politiker werde der österreichisch-ungarischen Regierung die Geschmaclosigkeit zutrauen, gegen ein Land wie Montenegro einen Zeitungskrieg inspiert zu haben; um so weniger sollte sich ein Blatt wie Glas Enagorca einsätzen lassen, seine ungeschickte und ungeschlachte Polemisik gegen die österreichisch-ungarische Politik richten zu wollen.

Der Fürst der Hammeliebe in den Schwarzen Bergen hat ja erst jüngst durch sein Telegramm an Gladstones Witwe die österreichische Regierung auf das starkste provoziert.

In Prag Komarow, dazu Konstantins Telegramm, in Montenegro gleichfalls Schiebungen im zarischen Interesse

### Gallisches Bulletin.

Lemberg, 23. Juni. Offiziell wird telegraphiert: "In den Bezirken Gorlice, Jaslo und Storzhow herrsche heute völlige Ruhe. Bessere Bevölkerungsschichten sind nirgends von der Bewegung mitgerissen worden."

Dass die Geldproben und Krautjunker, der Hochlerns und die Szlachta, der organisierte Unterdrückling in die Hungersrevolten der Bauern nicht "mitgerissen" werden, versteht sich. Dass dies korrupte Gesindel als "bessere Bevölkerungsschichten" charakterisiert wird, versteht sich in einem amtlichen Telegramm auch von selbst.

### Frankreich.

Die Post geht weiter. — Von Tola. — Ein Begnadigungsgesuch.

Paris, 22. Juni. Präsident Faure ersuchte Peyrat, die Kabinettbildung zu übernehmen. Peyrat erbat sich bis morgen nachmittag Zeit zur Antwort.

Vor dem Zuchtpolizeigericht begann heute nachmittag der "Chrenbeleidigungs-Prozeß" der "Schrebsach verständigen" gegen Tola. Nachdem die Vertreter der Kläger ihre Strafanträge gestellt hatten, wurde die Verhandlung um 14 Tage verlängert.

Der Staatsanwalt und der Präsident des Assisen-Hofes haben beim Präsidenten Faure ein Gnadengebet zur Umwandlung des vorgestern gegen den Anarchisten Etievaret verhängten Todesurteils eingereicht.

### Die Reichstagswahlen in Sachsen

nach den amtlichen Resultaten.

1. Wahlkreis (Bittau). Von 25712 Wahlberechtigten haben 10351 gewählt. Ungültig waren 27, zerplittet 10 Stimmen. Es entfielen auf Fischer (Soz.) 7814, auf Buddeberg (freil. Vp.) 5655 und auf Dr. Vogel (nat.-lib.) 5815. Stichwahl zwischen Dr. Vogel und Fischer.

2. Wahlkreis (Pößnitz). Es wurden 10395 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon erhielten Postelt (Soz.) 5745, Förster (konf.) 6768, Günther (freil. Vp.) 3793 und Porsch (Centr.) 80 Stimmen. Stichwahl zwischen Postelt und Förster.

3. Wahlkreis (Dresden). Eingetragene Wähler 30035. Abgegebene gültige Stimmen 16058. Davon erhielt Gräfe (Ant.) 10026, Höppner (Soz.) 4806, Dr. Porsch (Centr.) 1070, Oekonomierat Steiger (konf.) 71, zerplittet 55 Stimmen. Gräfe gewählt.

4. Wahlkreis (Dresden-Neustadt). Abgegeben wurden 37841 Stimmen. Davon erhielten Raden (Soz.) 18094, Hönerbach (konf.) 10248, Böhmer (nat.-lib.) 4196, Diek (Reformp.) 5014, Porsch (Centr.) 158, zerplittet 20, ungültig 116. Stichwahl zwischen Hönerbach und Raden.

5. Wahlkreis (Dresden-Alstadt). Abgegeben wurden 85968 Stimmen. Davon erhielten Grabauer (Soz.) 17118, Weidenbach (konf.) 9872, Zimmermann (Reformp.) 8086, Porsch (Centr.) 443, Träger (freil. Vp.) 34, zerplittet 21. Stichwahl zwischen Grabauer und Weidenbach.

6. Wahlkreis (Dippoldiswalde &c.). Abgegeben wurden 40774 Stimmen. Davon erhielt Horn (Soz.) 22335, André (konf.) 9659, Welzer (Reformp.) 8626, zerplittet 154. Horn ist somit gewählt.

7. Kreis (Meißen-Niesa). Im ganzen sind abgegeben worden: 23841 Stimmen. Und zwar für Goldstein (Soz.) 10332, für Gäbel (Ant.) 6522, für Sachse (konf.) 6426, zerplittet 61 Stimmen. Sonst Stichwahl zwischen Gäbel und Goldstein.

8. Wahlkreis (Pirna). Von 30442 Wahlberechtigten haben 21857 ihr Wahlrecht ausübt. Fräßdorf (Soz.) erhielt 10817 Stimmen, Lohé (Ant.) 11030 Stimmen. Lohé gewählt.

9. Wahlkreis (Freiberg). Von 26215 Wahlberechtigten wurden 10478 gültige und 177 ungültige Stimmen abgegeben; von ersteren entfielen 7523 auf Schulze-Cossebaude (Soz.), 11888 auf Dr. Oertel (konf.) und 67 Stimmen waren zerplittet. Dr. Oertel ist gewählt.

10. Wahlkreis (Döbeln). Von 21115 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten Grünberg (Soz.) 9758, Dr. Lehr (nat.-lib.) 5988, Naumann (konf.) 5406 Stimmen, 18 Stimmen waren zerplittet. Außerdem wurden 88 ungültige Stimmzettel abgegeben. Wahlberechtigt waren 26262. Stichwahl zwischen Grünberg und Dr. Lehr.

11. Wahlkreis (Wurzen). Von 18384 gültigen Stimmen erhielten Lipinski (Soz.) 5861, Hauffe (konf.) 10568, Schmidt 1870, 35 Stimmen waren zerplittet. Hauffe ist also gewählt.

12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt). Von 39825 Wahlberechtigten haben 30788 ihr Stimmrecht ausgeübt (77,3 Proz.); 78 Stimmzettel waren ungültig, also blieben 30710 gültige übrig. Davon erhielt Dr. Konrad Schmidt (Soz.) 11739, Professor Dr. Ernst Hesse (nat.-lib.) 11876, Dr. med. Max Haedde (Ant.) 6061, Max Lorenz (nat.-soz.) 809, Dr. Mundel (freil.) 196; 29 Stimmen haben sich zerplittet. Stichwahl zwischen Hauffe und Schmidt.

13. Wahlkreis (Leipzig-Land). Von 77294 Wahlberechtigten haben insgesamt 60212 ihre Stimmen abgegeben. Davon erhielt Geyer (Soz.) 38983, Oehler (konf.) 16596, Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) 2008, Martin (nat.-soz.) 2050, Hübler (freil. Vp.) 221. Zerplittet waren 106 Stimmen, ungültig 208 Stimmzettel. Geyer gewählt.

14. Wahlkreis (Borna). Wahlberechtigt waren 25618. Davon haben gewählt 17533. Hier von kommen auf Stolle (Soz.) 6640, v. Frege (konf.) 9832, Zimmermann (Ant.) 1421 Stimmen. Berplittet waren 14, ungültig 116 Stimmen. v. Frege gewählt.

15. Wahlkreis (Wittichenau &c.). Pößnitz (Soz.) 11808, Uhlemann (nat.-lib.) 12888, 10 Stimmen waren zerplittet und 190 ungültig. Uhlemann gewählt.

16. Wahlkreis (Chemnitz). Abgegeben wurden 39651 gültige und 59 ungültige Stimmzettel. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Schippel (Soz.) 24772, Dr. Enzmann (nat.-lib.) 14784, Born (Opposition) 188. Außerdem waren 7 zerplittet. Schippel ist gewählt.

17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane). Von 22151 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten Auer (Soz.) 13437 und Pöge (nat.-lib.) 8690. Auer ist gewählt.

18. Wahlkreis (Bautzen). Abgegebene gültige Stimmen 30488. Davon erhielten Stolle (Soz.) 18362, Wiede (konf.) 11986, zerplittet waren 19, ungültig 121 Stimmen. Stolle ist gewählt.

19. Wahlkreis (Schneeberg). Abgegebene wurden 22939 Stimmen. Davon erhielten Seifert (Soz.) 18780 und Theuerkorn (Reformp.) 9209 Stimmen. Seifert ist gewählt.

20. Wahlkreis (Bischopau-Marienberg &c.). Von 19409 abgegebenen Stimmen erhielten Rothenow (Soz.) 8999, v. Herder (konf.) 6068, Hartwig (Reformp.) 4886, zerplittet waren 8 Stimmen. Stichwahl zwischen Rothenow und v. Herder.

21. Wahlkreis (Annaberg). Von 26598 Wahlberechtigten haben nur 18156 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Davon entfielen auf Grenz (Soz.) 8894 und auf Dr. Esche (nat.-lib.) 9627 Stimmen. Ungültig waren 180, zerplittet 5 Stimmen. Dr. Esche ist gewählt.

22. Wahlkreis (Reichenbach). Hofmann (Soz.) 13154, Kramer (Kartell) 11588, ungültig waren 218 Stimmen. Hofmann also gewählt.

23. Wahlkreis (Plauen). Gerisch (Soz.) 9744, Seidler (konf.) 11582, v. Schwarze (freil. Vp.) 2692. Im ganzen wurden 24850 Stimmen abgegeben, wovon 60 ungültig sind. Stichwahl zwischen Seidler und Gerisch.

### Prozeß des Bankiers Wiette.

r. Dresden, 22. Juni.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde zunächst gestern noch eine Anzahl Zeugen abgehört, die alle im wesentlichen die Angaben der Anklage bestätigen. Der Angeklagte spielt seine Rolle des unschuldigen und des "strebamen Geschäftsmannes", der sich durch seine Manipulationen hat emporarbeiten wollen, unbekannt weiter. Welche Unverantwortlichkeit der Mann besitzt, erhebt daraus, daß er ganz ruhig erklärt, er habe geglaubt, wenn er die ihm anvertrauten, dritten Personen gehörenden Wertpapiere durch einen anderen, seinen "Buchhalter" Detnes, lombardieren (b. verpfänden) lasse, so sei er selbst nicht strafbar. Jeder einzelne Punkt muß ihm in langwieriger Weise durch die Zeugen aber aus dem Alten noch gewiesen werden. Wenn er dann gar keinen Ausweg mehr weiß, verläßt er auf die nicht mehr neue Idee, sich als unzurechnungsfähig zu erklären, während aus seinem ganzen Verhalten das gerade Gegenteil hervor geht.

Der andere Angeklagte, "Buchhalter" Detnes, ist wohl zum guten Teil unbewußt in die ganzen Gaunerien Wiettes hineingezogen worden. Unerfahren und mit den Triicks der Leute vom Schlag Wiettes nicht vertraut, hat er diesen als sehr willkommenes Werkzeug gebraucht; freilich ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß er die Verhältnisse seines "Geheims" gekannt, und dies auch dem Untersuchungsrichter gestanden hat.

Der Staatsanwalt ging in seinem Maßnahmen, daß nunmehr heute stattfand, sehr scharf mit den Machenschaften und der Haltung des Angeklagten ins Gericht. Er plädierte für Zuchthausstrafe. Die zwei Verteidiger des Wiettes thaten ihr möglichstes. Den Angeklagten als völlig schuldlos hinzustellen, wie dieser selbst es beschreibt, war nicht möglich, nur wollten sie ihren Klienten vor Zuchthausstrafe verschont und ihm milde Umstände zugestellt wissen. Interessant war die Feststellung des einen Verteidigers, daß Wiettes Geschäft beim Inkrafttreten des Depotgesetzes bereits so derangedert war, daß Wiette gar nicht in der Lage war, den Bestimmungen des Depotgesetzes nachzukommen. Wiette hat aber trotzdem fortgewirtschaftet. Er hatte noch den Mut zu behaupten, daß eine Überschuldung seines Geschäftes im Augenblick seiner Verhaftung nicht vorgelegen habe, sondern eine solche erst durch die Gründung des Gläubigerausschusses während seiner Haft und durch das Vorgehen des Gläubigerausschusses herbeigeführt worden sei. Dabei hat der Angeklagte dem Untersuchungsrichter selbst gestanden, daß sein Geschäft schon im Jahre 1889 einmal am Rande des Bankrotts gestanden hat. Es ist ferner durch vorgenommene Bücherrevisionen, soweit solche bei der verlotterten Geschäftsführung überhaupt möglich waren, festgestellt worden, daß zur Zeit der Verhaftung Wiettes eine Überschuldung seines Geschäftes in Höhe von ca. 600000 Mark vorlag.

Die Schuldfragen, die an die Geschworenen gestellt wurden, lauteten auf Vergehen gegen § 11 bez. § 9 des Depotgesetzes, auf milde Umstände im letzteren Falle und auf Annahme einer einzigen Handlung des Angeklagten und seines Complices. Die Rechtsbelehrung seitens des Verteidigenden war sehr gründlich. Es dürfte der Prozeß, der sich hier abspielt, wohl der erste größere sein, in dem in Bezug auf das fragliche Geschäft eingeschritten und verhandelt werden mußte.

Das nachmittags gegen 3 Uhr verkündete Urteil lautet für Wiette vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Detnes acht Monate Gefängnis. Die Geschworenen haben, was Wiette anlangt, die schärfste Schuldfrage bejaht, milde Umstände verneint; acht Monate gelten als durch die Untersuchungszeit verfügt.

### Soziale Rundschau.

r. Dresden, 21. Juni. Eine Aufbesserung der Gehälter der wissenschaftlich gebildeten Lehrer &c. an den höheren städtischen Unterrichtsanstalten, und zwar auf Grund der Einführung der reinen Dienstalterstaffel, hat der hiesige Rat beschlossen. Demnach sollen in Zukunft nichtständische Lehrer an den städtischen Gymnasien und Realgymnasien einen Anfangsgehalt von 1800 Mark erhalten, der nach drei Jahren auf 2400 Mark steigt. Nach dieser Dienstzeit können sie als ständig angestellt werden. Die ständigen Lehrer erhalten ein Anfang

**Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter**

(E. H. 29) in Hamburg. Filiale Plagwitz.

Sonnabend den 25. Juni

Restaurant O. Schindler | Kräftiger Mittagstisch bei musit. Unterhaltung zu 50 Pf.  
Sternwartenstraße 18. intl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.**Mitglieder-Versammlung**im Restaurant National (Karl Müller), Plagwitz, Karl Heine-Straße 71.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Ber-  
schiedenes.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

**Ibsen-Theater.**

Dilektion: Dr. Karl Heine.

**Theatersaal des Krystallpalastes**

Morgen Freitag den 24. Juni abends 8 Uhr

**Der Erdgeist.**

Lebensbild in 4 Akten von Frank Wedekind.

Regie: Dr. Karl Heine.

Preise der Plätze: I. Parkett 2.50 M., II. Parkett 1.50 M., Mittelbalcon  
1 M., Seitenbalcon 75 Pf., Saal 50 Pf. — Vorverkauf von 10 Uhr ab im  
Krystall-Palast. [6057]

Sonnabend den 25. Juni: Zum erstenmal:

**Am Hochzeitsabend.**

Eine Scene von Peter Nansen.

Zum erstenmal:

**Episode.**

Eine Scene von Arthur Schnitzler.

Nun einstudiert:

**Die sittliche Forderung.**

Komödie in 1 Akt von Otto Erich Hartleben.

**Coburger Hof.**

Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488.

Donnerstag den 23. Juni

**Berkündigung der Wahlresultate.**Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pf.  
Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.  
Ferner empfiehlt meine kleine Asphalt-Regelsbahn. Franz. Billard.  
Es lädt dazu ein Hochachtend Karl Langert.**Flora.** Verkündigung der Wahlresultate.

Während des Pauses findet Freikonzert statt. Anfang des Freikonzerts 8 Uhr. [6028]

**Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen**

empfiehlt meine sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Anerkannt gute Biere und große Auswahl in Speisen.

Bürgerlichen Mittagstisch inkl. Suppe 40 Pf. In Richtung W. Spiess.

**Morgenröte, Hauptmannstrasse 7.**

Herrn abend Bekanntgabe der Wahlresultate.

Vorher August. [6044]

**Gasthaus Napoleonstein.**Beliebter historischer Ausflugsort.  
Sommerfest 4 faches Schlachtfest.

Donnerstag, Freitag und Sonntag Großes Garten-Freikonzert.

Holte meine großen Restaurationslokalitäten mit

Orchester und Blasorchester sowie großem Staatskreis Gartens allen Besuchern des Südsiedhofs bestens empfohlen.

Joh. Philipp Bertsch.

**Restaurant Mönchshof**

Gohlis, Georgstrasse 21.

Donnerstag den 23. Juni (zur Stichwahl)

**Verkündigung der Wahlresultate**

Ergebnis lädt ein [6058] J. Kaczmarek.

Bei einer

**Stichwahl**

können Sie nie im Zweifel sein.

**Wählen Sie****nur Biere aus der Viktoria-Kellerei**

Leipzig-Neustadt, Äußere Tauchaer Strasse 16

**für 1 Mark frei Wohnung**8 Fl. Echt Kulmbacher Kapuziner-Bräu  
der Kapuziner-Bräu-Aktien-Gesellschaft8 Fl. ff. Münchener Adler-Bräu  
Export-Tafelbier11 Fl. ff. Lagerbier (non plus ultra)  
Crostitzer Farbe11 Fl. ff. Pilsener Exportbier  
der Brauerei Pöhl12 Fl. ff. Breslauer Weizenbier  
Extra-Qualität (ärztlich empfohlen)16 Fl. ff. Bayerisch Kloster-Bräu  
Hausgetränk (unentbehrlich).Tel.-Amt I 4157. Bestellungen befördert die Lippia unfrankiert.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.**Leipziger Volkszeitung**

23. Juni

1898

**Restaurant Kaufhalle**

Zimmerstraße L.-Plagwitz Zimmerstraße.

Nächsten Sonntag von vormittags 11 Uhr ab

**Grosses Frühschoppen-Konzert.**

Nachmittags von 3 Uhr ab

**Grosses Familien-Bier-Konzert**

mit neuen Liedern, Humor, Klimageige etc.

Jeden Freitag und Sonnabend von abends 6 Uhr ab

Pökelschweinsknochen mit Klößen und Sauerkraut. Dazu

große humoristische Unterhaltungsmusik. [5293]

Skattische stehen im Gesellschaftszimmer bereit.

Hochachtend Eugen Schubert.

die Inventur-Aufnahme meines ausgedehnten Engroß-

Lagers diesmal zu erleichtern, eröffne

Donnerstag den 23. Juni

einen

**Inventur-Vorverkauf**

zu z. T. erheblich reduzierten Preisen und empfiehlt diese seit meinem

Besuch 1892 zum erstenmal gebotene Gelegenheit einem regen Zuspruch

Porzellau, Steingut- und

Geschirr-Großhandlung

F. Heydeck, Sternwartenstrasse Nr. 51. [6048]



Billigste Bezugssquelle! Verkaufe sämtliche Kinder-

selbst von Fachleuten zu auerkannt billigsten Preisen.

Reform-Kinderwagen Mk. 13.—

Reisekörbe 2.75

Tragkörbe 2.50

Leiterwagen 3.—

Kinderkörbe 2.75

Gebrachte Kinderwagen werden in eigener Werkstatt

elegant vorgerichtet. [8112]

Hauptgeschäft: Rennitz, Senefelderstr. 1

Filiale: Sellerhausen, Wurzener Strasse 59

Moritz Winkler.



Nur durch großzügigen Bezug

aus ersten Fabriken kann ich jede

**Taschen-Uhrfeder**

garantiert u. nachweislich erste Güte

für 75 Pfg. einzeln.

Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie.

Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort

zurückgegeben. [8978]

M. Kemski

Nürnberger Str. 6

Specialgeschäft für Uhren.

**Am 25. Juni!**Um meine beiden so schnell zu größter Beliebtheit ge-  
langten vorzüglichen Spezialitäten:

Heinrich's Haut-Cream

und Haut-Cream-Seife

noch weiteren Kreisen bekannt zu machen, erhält jeder Käufer

am 25. Juni

1 Tube Heinrich's Haut-Cream

oder 1 Stück Heinrich's Haut-Cream-Seife

nach Wahl gratis!

**Ausverkauf****?Wer?**

seinen Fußboden streichen und sich viel

Körper und Verbruch ersparen will,

der kaufe sich

die fachmännisch zubereiteten, haltbaren,

schnell trocknenden und nicht nachlebenden

Fußbodenfarben beim alten Praktiker

zu herabgesetzt. Preisen.

Halbseidene von 2 Mk. an.

Ferner empf. Regenschirme und

Spazierstöcke zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Emil Böhme

Schirmsfabrik [5548]

Theaterplatz, gegenüber dem

Alten Theater Rennitz, Wurzener Strasse 18.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [2196]

E. Kriebl, 2. Plagwitz

Weissenfelser Str. 61, Ecke Mühlendstr.

NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

H. Schumann

L.-Volkmardorf, Elisabethstr. 2

gegenüber der 16. Bürgerschule.

Altrenommerte bill. Bezugssquelle für

alle Streichmaterialien, Farben, Drogen und Chemikalien. [4888]

F. Fleischers

Warenhaus, Lindenau, Lützener Str. 56.

F. Hünenröder, Tauch. Str. (vis-à-vis Battenberg.) [8271]

**Morgen Freitag Schlachtfest.**

Von frühs 1/2 Uhr an Wellfleisch.

E. Vettors, Zaubchenweg 16.

**Morgen Freitag Schlachtfest.**

H. Fleibig

Wellfleisch, Zaubchenweg 16.

Mittags frisches Wurst.

**Neue Betten.**

Dienstboten- u. Vermietungs-Betten

Obers-, Unterbett und Rüfen

&amp; Gebett 10, 13, 50, 17 M.

**Ausstattungsbetten**

&amp; Gebett 19, 50, 28-38 M.

**Feinstes Herrschaftsbetten**

&amp; Gebett 38, 40, 50-60 M.

**Ödthiatische Bettdecken**

&amp; 50, 80 Pf., 1, 1.50, 2-4.50 M.

Siebz., Jul., Bettlächer, Strohsäcke

Erstlingsausstattungen von den

billigsten bis zu den teuersten.

A. Berjak

Nürnberger Str. 22.

Versand nach Auswärts unter Nach.

6052]

## Zur Reichstagswahlbewegung.

### Zielbewußt und voll und ganz.

Die Nationalliberalen stimmen für den Welsen gegen den Sozialdemokraten in Hildesheim, in Höchst, wo Genosse Brühne in Stichwahl steht, für das Centrum, in Hagen, wo Genosse Timm in Stichwahl steht, für Eugen Richter.

Für die Sozialdemokratie gilt bei den Stichwahlen die Losung: Nieder die Sammlungspolitik, gegen die Agrarier, gegen das persönliche Regiment!

### Neueste Berichtigungen der Wahlresultate.

König Stumm ist nach neuesten Meldungen in Ottweiler im ersten Wahlgang gewählt. In Kudolstadt kommt Genosse Hofmann nicht mit dem Freisinnigen, sondern mit dem Nationalliberalen Müller in Stichwahl.

Man sieht, in wie unglaublicher Weise bei der Feststellung des Wahlergebnisses gebummiert wird.

### Die Kreuzzeitung

Ist gleich dem Reichsboten mit Herrn Stöcker nicht zufrieden. Sie hat den Konservativen in Siegen dringend ans Herz gelegt, für Stöcker einzutreten, und der Hofprediger a. D. findet für diese Liebesdienste kein Wort der Anerkennung. Das kränkt die Kreuzzeitung sehr, aber mehr noch schmerzt es sie, daß Stöcker den konservativen Kandidaten in Vielesfeld aus der Stichwahl gedrängt hat und sich dieses Erfolges gar noch rühmt. Auch in Hersfeld-Halle hat Stöcker die konservativen Kreise gestört, denn er hat, wie er sagt, keinerlei Verpflichtungen gegen die Konservativen mehr.

### Der Streit des Prinzen Schönach-Carolath mit dem Bündertum

hat eine überraschende Wendung genommen. Aus Guben meldet man:

Der Vorstand des konservativen Vereins für die Stadt und den Landkreis Guben macht bekannt, daß er, da ein Sieg des konservativen Kandidaten v. Heydebrand, der mit dem Prinzen Schönach-Carolath in Stichwahl steht, ausgeschlossen sei, es den Wählern überlässe, ob sie in der Stichwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen oder nicht.

Die bündlerischen Blätter werden vermutlich nun mehr denn je vor Born über den Klangberief überhämmern. Umer Heydebrand, seine Wähler ducken . . .

### Die Bündlerpresse

versucht die Beantwortung der Frage, welche Erfolge der Bund der Landwirte in dem Wahlkampfe errungen hat, durch die Aufzählung von 66 Abgeordneten, die, wie die D. Tagessig. bemerkt, auf dem Standpunkt des wirtschaftlichen Programms des Bundes stehen. In dieser Liste finden sich zwei Abgeordnete, die als "reine Bundeskandidaten" bezeichnet sind, nämlich Graf Herbert Bismarck, der bisher die Etikette "wildkonservativ" trug, und der Abgeordnete für den Wahlkreis Wittenbüttel, Herr v. Kaufmann, den die Nationalliberalen für sich reklamieren. Herr v. Bloch selbst hat seinen alten Wahlkreis Sorau, in dem er sich durch seine Begeisterung für einen Wollzoll unmöglich mache, mit einem sicheren konservativen Wahlkreis in Pommern (Bytitz) vertauscht; als "reiner Bundeskandidat" würde er, wie das Schreiben des früheren Landrats des Kreises, des Gegenkandidaten gegen Abgeordneten v. Bloch wider Willen bewiesen hat, auch dort nicht gewählt worden sein. Sieben weitere "reine Bundeskandidaten" befinden sich angeblich noch in der Stichwahl; auf alle Fälle haben sie das Bundespanier noch nicht geholt. Fregd welche neue Erwerbungen finden sich in der Liste nicht, die übrigens auch den Fürsten zu Hohenlohe-Dehringen als Bündler präsentiert, obgleich er vor der Wahl aus dem Bunde ausgeschieden ist.

### Amtliche Wahlmache.

Die offiziösen Erklärungen gegen einzelne Parteien machen Schule auch bei den kleinen Regierungen. Der amtliche Anzeiger von Braunschweig bringt einen offiziösen Artikel, der sich mit der Stellung der Welsen beschäftigt und ausführt, der aus eigener Initiative erfolgten Erklärung des Landtages habe die berechtigte Erwagung zu Grunde gelegen, Stellung gegenüber der lebhaften welfischen Agitation zu nehmen. Ferner fordert das amtliche Blatt alle Parteien auf, das Trennende beiseite zu lassen und bei den Stichwahlen einmütig gegen die Sozialdemokratie zusammen zu stehen.

### Gleine Chronik.

Leipzig, 23. Juni.

- Ibsen-Theater. Heute erreicht der Ibsen-Glykus mit einer Vorstellung der Hedda Gabler sein Ende. Morgen, Freitag, wird der Erbgeist von Frank Wedekind in größtenteils neuer Befreiung gegeben. Die weibliche Hauptrolle spielt wiederum Fraulein Caliansky, den Dr. Schön Arthur Waldemar, den Dr. Goll Eugen Kalkschmidt, den Aliva Schön Eugen Albu, den Schwarz Alexander Lebiodowski, den Escoery Max Henze, den Schigold Heinrich v. Reichenbach.

Am Sonnabend werden drei Einakter aufgeführt und zwar: Hochzeitabend von Peter Nansen, Epsilon von Arthur Schnitzler und Die stille Forderung von Otto Erich Hartleben.

Für die nächste Woche steht noch eine Novität des Dichters des Erbgeistes in Aussicht.

Prof. Johannes Schilling in Dresden, der bekannte Bildhauer und Schöpfer des Niederwalddenkmals, feiert heute seinen 70. Geburtstag, wahrscheinlich in viel weniger geräuschvoller Weise als vorige Woche Fr. Maltesen ihr 25-jähriges Bildhauerjubiläum.

Johannes Schilling wurde am 23. Juni 1828 in Mittweida geboren. Er besuchte die Dresdener Akademie, deren Seelenbamal der Bildhauer Riesch war, von dem das nun durch A. Trebst erneuerte Relieff des Giebelfeldes an unserem Universitätsgebäude (Augusteum) und die Statue Thaers hinter der ersten Bürgerschule stammen. Dann ging er nach Berlin, wo er eine Zeit lang im Atelier Drakes arbeitete. Im Jahre 1852 kehrte er nach Dresden zurück und trat in die Werkstatt Hähnels ein, der in unserer Stadt durch das Leibnizdenkmal vor der Thomaskirche vertreten ist. Das große Leibnizdenkmal der Dresdener Akademie erinnerte ihm einen Jährling. Stufenaufenthalt in Italien, von welchem er 1856 wieder nach Dresden zurückkehrte. Seit 1868 ist er Professor an der Dresdener Kunstabademie und wirkt dasselbe noch gegenwärtig in voller Rüstigkeit.

Das erste größere Werk, das Schilling ausführte, waren die Sandsteingruppen an der Treppe der Brühlschen Terrasse in Dresden: die vier Tagestüten (Morgen, Mittag, Abend, Nacht), die je aus einer Mutterfigur und zwei kleineren Seitenfiguren bestehen. Besonders der Abend in Gestalt eines trägen, schlenden Mannes, der die Weinshale zum Mund führt und zu dessen Seiten zwei

Im Kreise Magnit-Pillsallen betrieb der Stellvertreter des Landrates, der Kreisdelegierte A. Braemer, eine unglaubliche Wahlbeeinflussung. In einer als Flugblatt gedruckten Beilage des Amtsblattes für Pillallen wies der Herr darauf hin, daß dem Kreis durch die Sozialdemokratie eine schreckliche Gefahr drohe. Über die sozialdemokratischen Flugblätter heißt es da:

Wenn diese Flugblätter die Aussforderung enthielten, alle Bewohner zu erschlagen, die Gehöfte niederbrennen, um für den zu errichtenden Zulandstift freies Feld zu schaffen, so würden diese Worte nicht zurückstehen gegen den leichten Inhalt, den eigentlich jedermann lesen möchte, um das Schandblatt in seiner vollen Erbärmlichkeit kennen zu lernen. Wer es übernimmt, ein solches Flugblatt zu verbreiten, verbietet die allgemeine Verachtung. Ihm gegenüber ist der Dieb ein Ehrenmann, denn dieser entwendet nur immer einen Teil aus dem Besitz eines anderen, während ein Mensch, der zum allgemeinen Umsturz aufgerufen, dadurch einen Raub an den Besitzern ausübt.

Dieser siegelhafte Vertreter des Landrates bleibt dann folgende Vorschrift, wie die Wahlmache zu betreiben sei:

In jeder Gemeinde haben die einflussreichen Besitzer die Pflicht, alle Gemeindemitglieder zu bitten, sich zu einer Versammlung zu vereinen. Es darf niemand fehlen, und wer fortbleibt, bleibt den Beweis, daß er schon von dem zerstreuenden Gift ergriffen ist. Durch Handschlag müssen die Gemeindemitglieder sich verpflichten, am 16. Juni zur Wahl zu erscheinen, um für den Grafen Ranft die Zettel abzugeben. Wer sein Wort nicht hält, der wird sein Ansehen in der Gemeinde verlieren. Die Gemeindemitglieder haben ferner die Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um die irre geleiteten Arbeiter an sich heranzuziehen, denn wenn ihnen dieses nicht gelingen sollte, sie doch wenigstens zu bewegen, von der Wahl fernzubleiben.

Dah die Regierung unsern Kandidaten Hofer (Staatsräte) seines Amtes als Mitglied des Schulvorstandes wegen seiner Gesinnung entsezt hat, haben wir bereits gestern gemeldet. Die Verfügung wurde bereits am 14. Juni, also unmittelbar vor der Wahl, in einem Extrablatt des Kreisblattes vom Landrat veröffentlicht. Die Abstimmung liegt klar zu Tage.

Hofer erhielt trotzdem 3540 Stimmen.

### Der Versöhnungsschmied.

Es sind in den Königsberger Blättern verschiedene Aufrufe erschienen, die sämlich zur Wahl des Grafen Dönhoff für Königsberg-Land auffordern. Namens der Konservativen ist ein Appell in diesem Sinne erlassen, der u. a. auch die Unterschrift des Grafen Dohna-Wundlacken, des unterlegenen Gegenkandidaten, trägt; ein zweiter Aufruf, der von Herrn v. Sodenstern-Tropfken unterzeichnet ist, ruft im Auftrage des Bundes der Landwirte zur Wahl des Grafen Dönhoff; und ein dritter Aufruf, der den gleichen Zweck verfolgt, weist die Unterschriften verschiedener Parteien, der Liberalen wie des Bundes der Landwirte, auf. Zu der Stichwahl steht bekanntlich dem Grafen Dönhoff ein Sozialdemokrat gegenüber.

### Ein Gewerkschaftsorgan.

d. Essen, 21. Juni. Die Haltung des dem Buchdrucker-Verband gehörenden Organs, des Allgemeinen Beobachters in Essen, wird immer standhaltender. In der gesamten Arbeiterwelt läuft das Vorgehen dieses Blattes Staunen erregt haben. Das jehige Verhalten fordert aber die allgemeine Entrüstung heran, und es ist unverständlich, wie der Buchdrucker-Verband diesen Treiben ihatallos zuschauen kann. Es scheint unglaublich, aber ist leider nur wahr, daß der Allgemeine Beobachter jetzt öffentlich als Denunziant auftritt und der Firma Krupp empfiehlt, denjenigen, die bei der Wahl nicht für Krupp gestimmt haben, die richtige Antwort zu geben, auf gut deutsch, sie zu maßregeln. Katholische Geistliche, Arbeiter, Beamte und Verwalter werden denunziert. Auf jede Verjährigung, die ihm zu geht, antwortet der Allgemeine Beobachter mit neuen Denunziationen, und selbst die unwahrsten Behauptungen müssen zu diesem Zwecke herhalten. Das Bestreben dieses Blattes, das Eigentum einer Arbeiterorganisation, geht augenscheinlich darauf hinaus, an Stelle der Rhein-Westf. Blg. das leitende Organ der hiesigen liberalen Gruppen zu werden. Mit der politischen Haltung der Rhein-Westf. Zeitung ist man nämlich in den leitenden liberalen Kreisen schon längst nicht mehr zufrieden; darum war diesem Organ auch die spezielle Agitation bezw. Leitung für den verlorenen Wahlkampf genommen worden. Der Hauptagitator für Krupp hat nur unter der Bedingung, daß die Rhein-Westf. Zeitung nicht in den Wahlkampf eingreift, die Agitation übernommen. Es sollen auch bereits Verhandlungen zum Verlaufe

des Beobachters angeknüpft worden sein. Wahrscheinlich ist aber, daß es zur Neugründung eines liberalen Blattes kommt, und dann kann der Buchdrucker-Verband sein Unternehmen zum Trödler bringen. Jetzt entschuldigt man das müßige Zuschauen damit, daß bei einem Vorzeichen gegen den Herausgeber des Blattes das Unternehmen geschädigt würde. Es ist aber doch merkwürdig, daß eine Arbeiterorganisation aus Rücksicht auf vermeintliche Schädigungen, die auf jeden Fall zu tragen wären, es duldet, daß ihr eigenes Organ für einen Gegner des Vereinsrechtes eintritt und nachher noch denunziert und offen zu Maßregelungen auffordert.

### Badisches.

Karlsruhe, 22. Juni. Das Centralkomitee der Centrumspartei erklärt an die Centrumswähler der Bezirke Karlsruhe, Pforzheim und Mannheim folgende Erklärung:

Gegenüber verschiedenen Kundgebungen nationalliberaler Blätter erscheint es angemessen, jedem Wählerstandes von vornherein den Boden zu entziehen und in aller Form zu erklären, daß die Centrumspartei in Baden nicht in der Lage ist, irgend etwas zur Rettung eines nationalliberalen Mandates zu thun. Seit Jahr und Tag hat die Politik der nationalliberalen Partei die unter der Fahne des Centrums organisierten Katholiken des Landes so behandelt, daß es schon als ein Gebot der Selbstachtung erscheint, eine unabdingbare Abneigung gegenüber den nationalliberalen Hilfskreisen einzunehmen. Von Anfang an hat es als Hauptaufgabe des Centrums erscheinen müssen, die Macht des Nationalliberalismus zu brechen. Jetzt, da die Errreichung dieses Ziels nach schweren Kämpfen, opfervollen Arbeiten und bitterem Leben endlich in Aussicht steht, wäre es unverständlich und selbstverständliche, den Nationalliberalismus irgendwie die Hand zu reichen, um ihm das wohlverdiente Schicksal zu ersparen, oder auch nur zu erleichtern. Namens des Centralkomites: W. Fischer, Vorsitzender.

### Das Schachgeschäft.

München, 22. Juni. Die Verhandlungen zwischen den Liberalen und der Centrumspartei in München I haben zu einer Einigung geführt. Der liberale Kandidat verpflichtet sich für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, des Koalitionsrechts, der Fortführung einer für die Arbeiter gedeihlichen Sozialreform und gegen jedes Ausnahmegesetz. Außerdem treten die Liberalen in Würzburg, wo Stichwahl zwischen Centrum und Sozialdemokratien ist, für den Centrumskandidaten ein. Das Verlangen der Klerikalen, die Liberalen sollen in der Regensburger Stichwahl zwischen Centrum und Bauernbund für den Centrumskandidaten eintreten, ist fallen gelassen worden. In Regensburg treten die Liberalen für die Bauernbündler ein. In der Pfalz hat die Centrumspartei ihren Wählern freigestellt, wie sie sich zur Stichwahl in Kaiserslautern und Ludwigshafen stellen wollen, es wird keine Parole ausgegeben. Die meisten Klerikalen werden dort wahrscheinlich dem Sozialdemokraten ihre Stimmen geben.

### Das Straßburger Wahlergebnis.

G. Straßburg i. E., 21. Juni. Der Verlust des Straßburger Reichstags-Mandats an die vereinigten bürgerlichen Parteien hat im Reiche einiges Aufsehen erregt und im Lager unserer Gegner einen begeisterten Jubel hervorgerufen. Wie wenig dieser berechtigt ist, daß möglicherweise aus dem folgenden ersehen. Für den Kämpfer der hiesigen Verhältnisse war es von vornherein erfärllich, daß die Kandidatur unseres Genossen Höyle in tatsächliche Nachteile geraten müste, nachdem bei den Wahlen der Jahre 1890 und 1893 der Name Bevels an seiner Stelle gestanden hatte. Ein solcher Wechsel in der Person des Kandidaten mußte um so schwerer ins Gewicht fallen, als in Straßburg infolge der beispiellosen politischen Entwicklung und Knebelung der Arbeiterschaft die politische Schulung und Disziplin unserer Anhänger fehlt, die wir in den Großstädten Altdeutschlands anzutreffen gewohnt sind. Dazu kommt der geradezu gemeinsame Kampf der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie, der in der innerhörenden Abmachung der gegnerischen Presseorgane seinen Gipfel erreichte, wonach diese Aufrufe, Versammlungsanzeigen, sowie Bekanntmachungen anderer Art, die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee ausgingen, selbst nicht gegen Bezahlung der üblichen Eintrittsgebühr aufzunehmen. Auch im Abtreiben von Versammlungsorten waren unsere Gegner Meister, so daß unser Kandidat nicht in einer einzigen großen Versammlung zu den Wählern sprechen konnte. Beispiellos war die Ansuthung des gefärbten Beamtentapparates, vom Wirklichen Geheimen bis herab zum letzten Bureauchef, zu bürgerlichen Wahlzwecken. Unter diesen Umständen traten wir mit wenig Aussichten auf einen äußeren Erfolg in den

Frauengestalten mit Tamburin und Laute, Tanz und Gesang, die Erholungskünste des Abends, symbolisieren, und die Nacht mit dem Schloß und dem gesegneten Traumgott sind ebenso klar wie schön bewegt und wohlgefällig wirkende Kompositionen. Nur schade, daß die Gruppen — um den Sandstein vor Verstörung zu schützen — nachträglich mit einer geschmacklosen Vergoldung überzogen wurden.

Zu den bekanntesten Arbeiten Schillings gehören ferner das Denkmal des Bürgermeisters Demont in Görlitz, das Schillerdenkmal in Wien, das Denkmal des Kaisers Maximilian in Triest, das Kriegerdenkmal in Hamburg, das Denkmal seines Lehrers Metzsch auf der Brühlschen Terrasse in Dresden und die große Quadriga (Viergespann) auf der Freitreppe des Alttädtler Hoftheaters in Dresden. Der jugendliche Dionysos mit Ariadne auf dem von vier Panthern gezogenen Wagen ist eines der schönsten und kraftvollsten Werke des Meisters.

Das bedeutendste und berühmteste Werk Schillings ist natürlich das Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Wir sehen hier von der politischen Bedeutung dieses Werkes ganz ab und lassen auch die Frage unberücksichtigt, ob die Errichtung solcher, den befreiten Gegner und Nachbar gewissermaßen provozierender Denkmäler gut und wünschenswert ist, wir haben es hier nur damit zu thun, wie der Künstler seine Aufgabe bewältigt hat. Auch dürfen wir den Künstler nicht für den Standort des Denkmals verantwortlich machen, dessen Wahl einer romantischen Idee entsprang, sich in der Ausführung aber nicht als sehr glücklich erwies. Von Rhein gesehen erscheint das Denkmal zu winzig; und auf der Höhe selber kann der Besucher keinen Standpunkt finden, von dem aus das Ganze sich richtig übersehen läßt.

Der Bildhauer, der monumentale Werke schaffen will, ist eben heutzutage der unfreieste unter allen Künstlern. Er muß sich noch den Aufrägen richten, und diese sind — man denke nur an die ewigen Porträtaufgaben — meistens wenig interessant. Und kommt eine große Aufgabe, die die Phantasie des Künstlers entfachen könnte, so geht es wieder eine Fülle störender Momente und — wieviel Kopfe plüschen da hinein! Auch am Niederwald-Denkmal ließe sich manches aussehen; aber einen Vorzug hat es, daß der Einfachheit und Klarheit. Und diese Schlichtheit der Mittel kann angehört neuer Kolossaldenkmäler (man vergleiche damit z. B. das neue Kaiser Wilhelm-Denkmal in Berlin) nicht genug betont und anerkannt hervorgehoben werden.

Es liegt Größe in dieser Germania und Unmut, trotz den kolossalnen Verhältnissen der Figur. Auch die beiden Seitenfiguren sind wohl gelungen — besonders der Krieg; ebenso die ruhenden Figuren des Rheins und der Mosel, wenn der Künstler auch über einen gewissen Konventionalismus nicht hinauskommt. Das liegt aber in der Aufgabe. Am Niederwald-Denkmal wirkt Schilling durch seine Bildwerke. Sie sind die Hauptfäche, sie sprechen für sich selber und drücken den Gedanken ihres Schöpfers voll und klar aus, so daß dieser, um „groß“ zu wirken, nicht nötig hat, seine Lustigkeit zu architektonischen Theaterdekorationen und dergleichen Beiwerk zu nehmen, wie der Michelangelo unserer Zeit". Infolge ihrer Klarheit und Verständlichkeit — vielleicht auch weil sie als ziemlich verständlich ist — ist die Niederwaldgermania heute eines der populärsten plastischen Bildwerke.

Von späteren Werken Schillings sind noch die Reiterstatue König Johanns und die Figuren an der Weltmarkt in Dresden, ferner das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Wiesbaden zu nennen. Doch hat der Meister noch zahlreiche andere vorzülliche Arbeiten geschaffen.

Nicht vergessen dürfen wir das Denkmal, das Schilling für unsere Stadt gearbeitet hat: das Reformationsdenkmal vor der Johanniskirche. Es hat bekanntlich mit seinem stolzen Luther dem Volkswirth reiche Nahrung geboten. Die Gruppe von Luther und Melanchthon gehört nicht zu den besten Schöpfungen Schillings; sie steht in ihrer Anordnung beinahe aus, als ob sie aus einem Photographeatelier statt aus einer Bildhauerwerkstatt hervorgegangen wären. Doch sind die Details, besonders der Kopf Luthers und die ganze Gestalt Melanchthons sehr gut durchgearbeitet. Schilling hatte sich hier offenbar eine Aufgabe gestellt, die ihm nicht recht lag; er wollte realistisch wirken, und da verfügte seine Kraft.

Schilling ist ein Ausländer jener klassizistischen Richtung, die Thorwaldsen ausgehend, von Rauch und Rietzschel weiter gebildet wurde. Rauch rang sich zu jenen markigen Realismus durch, den wir an seinem Denkmal Friedrich des Großen bewundern. Die durch Rietzschel begründete Dresdener Schule hielt sich mehr auf Seiten des klassischen Idealismus, der, wo er sich der Naturwahrheit zu nähern sucht, leicht verfälscht, profatisch und hausbacken wird. Vor dieser Hausbacktheit schützte Schilling sein an geborener frischer Formenlinie. Seine Figuren sind trefflich gebildet und leicht und natürlich bewegt. Seine Kompositionen sind klar und ruhig.

Wahlkampf ein, nachdem es unseren Gegnern nach vielen Führerleitern noch gelungen war, einen Kandidaten aufzutreiben, der insfern als ein Kompromisskandidat par excellence bezeichnet zu werden verdient, als er in politischer Hinsicht bisher ein unbeschriebenes Blatt und deshalb in der Lage war, jede der einzelnen bürgerlichen Parteien in seinem Wahlprogramm zu zufrieden zu stellen.

Welches sind nun die zahlreichen Erfolge unserer vereinigten Gegner? Bebel hatte bei der Hauptwahl 1893 6202, seine beiden Gegner zusammen 10381 Stimmen erhalten. Am 16. Juni d. J. erhielt Böhle 8816, der Kandidat der "vereinigten Ordnungspartheien" 12333 Stimmen. Die bürgerliche Mehrheit von 4175 Stimmen im Jahre 1893 ist also diesmal auf 3517 heruntergegangen, hat sich also trotz aller Anstrengungen um 658 vermindert. Noch deutlicher zeigt sich die Verschiebung des Stimmverhältnisses zu Gunsten der Sozialdemokratie an den relativsten Wahlergebnissen. Bei der Wahl 1893 erhielten aus den bürgerlichen Parteien noch 62,6 Prozent, auf Bebel 37,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen; am 16. Juni vereinigte Böhle 41,7 Prozent, der Kandidat der vereinigten Ordnungspartheien bloß noch 58,3 Prozent der Stimmen auf seinen Namen. Die Überzeugung, daß der äußere Erfolg unserer vereinigten Gegner ein Pyrrhusieg ist, hat sich auch in bürgerlichen Kreisen bereits Bahn gebrochen. Der anfängliche Jubel über die "Niederlage" der Sozialdemokratie ist einer nachtiefen Beurteilung der Situation gewichen, und der Gewinn von über 2000 Stimmen für den Sozialismus im Zeitraum von nur 5 Jahren bleibt unseren Gegnern viel zu denken. Für uns bedeutet er die Gewähr, daß wir in kurzer Zeit auch mit der Koalition der gesamten bürgerlichen Gegner aus eigener Kraft fertig werden können.

### Dänischer Rattenjammer.

Im Wahlkreis Flensburg-Upenrade, wo der Sozialdemokrat mit dem Antisemiten in Stichwahl kommt, empfiehlt der Wahlausschuß der Dänen Wahlentlastung. In dem Auftrag heißt es:

Während wir es für selbstverständlich halten, daß kein Däne für den deutschen Antisemiten stimmen wird, so können wir doch den dänischen Wählern auch nicht empfehlen, ihre Stimmen den Gegenkandidaten zu geben. Die sozialdemokratische Partei hat nicht nur im Laufe der Zeit uns den größten Teil unserer dänischen Arbeiter in Flensburg und Umgebung entzogen, sondern auch im 1. und 4. Wahlkreis, wo nicht die geringste Aussicht vorhanden ist, einen Sozialdemokraten durchzubringen, eine starke Tätigkeit entfaltet, um die dänische Stimmenzahl zu verringern. Unter diesen Umständen müssen wir es jedem einzelnen Wähler überlassen, ob er an der Stichwahl sich beteiligen will oder nicht.

Dass die Dänen es für notwendig halten, ihre ablehnende Haltung den Sozialdemokraten gegenüber ausdrücklich zu begründen, ist ebenso erfreulich, wie die Art der Begründung für die dänischen Herren bezeichnend ist, die sich gern radikal geworden, im Grunde ihres Herzens aber stodkreativ sind.

### Mängel der Wahlstatistik.

So allgemein wie das Wahlrecht, ist, so schreibt die Frei. Ztg., auch das Interesse an dem Ergebnis der Reichstagswahlen. Hammerboll aber ist es um die amtliche Statistik bestellt. Nicht entfernt wird dieselbe dem öffentlichen Interesse gerecht. Die amtlichen Wahlnotizen lassen in Berlin ein. Man sollte daher meinen, nichts wäre leichter, als dieselben sofort und authentisch zu veröffentlichen. Das Wolfsche Telegraphenbüro dient auch amtlichen Zwecken. Über seine Wahlnotizen sind nichts weniger als zuverlässig. Mehrfach haben die Mitteilungen über die Wahlergebnisse in einzelnen Kreisen zwei oder gar drei Berichtigungen nach sich gezogen. Vor allem müssten doch aus den Stichwahlkreisen die vollständigen Ziffern veröffentlicht werden. Aber weit gefehlt! Man veröffentlicht entweder gar keine Ziffern oder nur die Ziffern der Stichwahlkandidaten. Und doch erhalten die letzteren erst Bedeutung durch die Ziffern derjenigen Parteien, welche bei der Stichwahl ausgeschieden sind. Wir können unmöglich annehmen, daß bei diesen mangelhaften Mitteilungen irgend ein politischer Nebenzweck zu Grunde liegt. Gerügt worden aber sind diese mangelhaften Angaben schon vor fünf Jahren. Es muß also doch irgend ein System dabei zu Grunde liegen."

Nach dem Wahlreglement können die Stichwahlen bis zum 14. Tag nach der Veröffentlichung des Ergebnisses der Hauptwahl hinausgeschoben werden. Statt dessen finden die Stichwahlen jetzt schon am vierten Tage nach der Feststellung des Ergebnisses der Hauptwahl statt. Man sollte meinen, unter diesen Umständen müsse man sich in den einzelnen Reichswahlkreisen bemühen, das Ergebnis der Hauptwahl noch vor dem vierten Tag bekannt zu geben, wenn auch die formelle amtliche Bekanntgabe erst nach der amtlichen Zahlung stattfinden kann. Aber auch in dieser Beziehung sind die politischen Parteien wesentlich auf private Zusammenstellungen angewiesen. Zum Beispiel kann man vom Landratsamt nur auf Grund privater Geselligkeit etwas erfahren.

In vielen Kreisen beschränken sich die amtlichen Bekanntmachungen nach der Hauptwahl und nach der Stichwahl überhaupt nur auf das engste vorgeschriebene Maß, die Bekanntmachung der Gesamtziffern. Mitteilungen über die in den einzelnen Wahlbezirken abgegebenen Stimmen kann man nachher nur aus den Wahlakten erhalten, wenn dieselben im Reichstagsbüro eingetroffen sind.

Zu dieser ruhigen Klarheit drang Schilling nur durch unausgeführte Arbeit, durch stetes Studium hindurch. Auch der siebzehnjährige Künstler ist noch ein rüstiger Mann, ein unermüdlicher Arbeiter und ein trefflicher Lehrer. Guido.

— Kerner v. Marlaun †. Am Dienstag ist in Wien der Professor der Botanik Hofrat Anton Kerner v. Marlaun gestorben. Er ist in weiteren Kreisen namentlich durch sein illustriertes Pflanzenleben bekannt geworden, ein zweibändiges Werk, das weite Verbreitung gefunden hat. Am 12. Novbr. 1881 geboren, wurde er 1858 Professor der Botanik an der Technischen Hochschule in Osn, 1860 Professor der Naturgeschichte an der Universität Innsbruck, 1878 Professor der Botanik und Direktor des botanischen Gartens und Museums an der Universität Wien.

— Professor Schweninger hat nach der Meldung Berliner Blätter kürzlich auf Helgoland geheiratet. Seine Äusserorene ist die geschiedene Frau des Malers v. Lenbach, eine geborene Gräfin Moltsche.

— Ein Bilderdiebstahl. Aus der Bildergalerie in Karlsruhe wurde am 19. Juni ein Holzbild des niederländischen Malers David Teniers aus dem Rahmen gebrochen und gestohlen. Das Bild stellt zwei wandernde Bauern dar.

— Ein Pestkongress soll im Dezember d. J. in Bombay abgehalten werden. Es soll darüber beraten werden, welche Mittel zur Bekämpfung der Pest in Indien am geeignetesten sind. Die Indische Regierung unterstützt das Unternehmen.

Nach Vorsitz der Wahlen veröffentlicht das Reichsamt für Statistik eine Zusammenstellung der Wahlkreise aus den einzelnen Wahlkreisen. Diese Zusammenstellung ist recht zweckmäßig, nur erscheint sie erst sehr spät nach den Wahlen. Auch beschränkt sie sich eben nur auf die Gesamtergebnisse der einzelnen Wahlkreise. Es wird so viel Statistik über minder wichtige Dinge auf Reichskosten gebraucht, daß es angezeigt wäre, auch eine Statistik ähnlich zu veröffentlichen, die die Bifforn aus allen einzelnen Abstimmungsbezirken des Reiches umfasst. Daraus würde man freilich auch ersehen, daß vielfach auf dem Land so kleine Abstimmungsbezirke gebildet sind, daß in ihnen das Wahlscheinnis nach der Natur der Sache gar nicht gewahrt werden kann.

Summa Summarum, auch aus der Art der amtlichen Wahlstatistik ersieht man, daß der Staatsrat für die Bedeutung allgemeiner Reichstagswahlen das richtige Verständnis noch nicht ausgegangen ist und daß vielfach selbst dasjenige nicht rechtzeitig veröffentlicht wird, was authentisch zu wissen schon der Zweck der Wahlen dringend erfordert.

Auch die Kölnische Zeitung rügt die Mängel in dem Bekanntgeben der Wahlnotizen. Am 16. Juni haben die Reichstagswahlen stattgefunden; um 6 Uhr nachmittags mußte überall die Wahlhandlung abgeschlossen werden; 48 Stunden später waren noch nicht einmal sämtliche Wahlergebnisse bekannt; im Laufe des dritten Tages hinkte sogar erst die offizielle Mitteilung von der Wahl im Kreis Homburg-Höchst nach, so daß man auf die Idee kommen konnte, dieser reich mit Eisenbahnen, Chausseen und Telegraphenanstalten ausgestattete Wahlkreis werde von den unkultiviertesten Hinterwäldlern bewohnt. Die Postverwaltung hat die weitgehenden Anordnungen zur sofortigen Erledigung aller telegraphischen Meldungen von den kleinsten Ortschaften aus noch während der Nacht nach der Wahl getroffen; in der inneren Verwaltung scheint man leider Gedanken getragen zu haben, den lobenswerten Dienstleister der Postbeamten überflüssig in Anspruch zu nehmen. Das mag ein menschlich-schöner Zug sein; wir haben leider kein richtiges Verständnis dafür. Wir würden es für richtiger halten, daß der Minister sämtliche Wahlkommissionen anweile, derartige zuverlässige und schnelle Verbindungen mit allen Wahlvorstehern zu treffen, daß alle Zusammenstellungen spätestens in der Mittagsstunde am Tage nach der Wahl nach Berlin abgesandt werden müssen. Das ist ein Spielraum, der vollkommen ausreicht und dessen Einhaltung unabdingt gefordert werden kann.

Es müßte ein leichtes sein, das Ergebnis aller 190 Stichwahlen am 25. Juni mittags überzusehen und am Abend offiziell veröffentlicht zu können. Es genügt ein fester Willen und eine zweckmäßige Anordnung. Es ist doch wahrlich kein Gegenstand unüblicher Neugierde und überflüssigen Wissensdurstes, daß jeder politisch Geblidete, ja, jeder Wähler schnellstens ein möglichst übersichtliches Bild über den Ausfall der Wahlen gewinnen will. Die Frage, wie die deutsche Volksvertretung für die nächsten fünf Jahre zusammengesetzt sein wird, ist doch zu wichtig, als daß ihre Beantwortung durch den bisheriigen burokratischen Bspf zwecklos verzögert werden darf. Wir bitten dringend, endlich einmal diesen Bspf gründlich abzuschneiden.

Auch die Kreuzzeitung klagt über die mangelhafte Berichterstattung. In diesem Augenblick sei noch nicht einmal das Ergebnis der Wahl in Czarnikau-Colmar bekannt.

**Sie Lump, kennen Sie den Landrat Spude nicht?**

Am einem Wahllokal des Nienburg-Wahlkreises Bockum soll sich ein merkwürdiger Vorgang abgespielt haben. Das in Bockum erscheinende Centrumsgenossen berichtete und ein Redner in der am Sonntag abgehaltenen Wähler-Versammlung der Centrumspartei bestätigte, dem Landrat Spude sei ein Wahlzettel mit dem Namen des Kandidaten der Centrumspartei, Kaufmann Eduard Fuchs aus Köln, angeboten worden; der Landrat habe den Wahlzettel dem Zettelverteiler mit den Worten an den Kopf geworfen: "Sie Lump, kennen Sie den Landrat Spude nicht?"

Die Köln. Volkszg. schreibt dazu:

Mag nun der betr. Zettelverteiler den Herrn Landrat Spude gefallen haben oder nicht gefallen haben, unter allen Umständen ist die Apostrophe, die der Landrat an den Zettelverteiler richtete, eine grobe Ungehörigkeit, wie man sie kaum für möglich halten sollte. In welches Licht stellt sich ein höherer Beamter, der in solchem Falle einen ihm wahrscheinlich gänzlich unbekannten Mann "Sie Lump!" tituliert? Ist diese Wendung dem Herrn Landrat etwas so gefälscht, daß er sie aus so geringfügigem Anlaß gebraucht? Was versteht der Herr Landrat Spude unter Lumpen? Der gewöhnliche Sprachgebrauch versteht darunter schlechtes, verkommenes, verbrecherisches Gefügel. Die Verteilung eines Wahlzettels, auf welche Partei derselbe auch lautet, ist keine lumpenhafte That, und der Herr Landrat wird doch sicher nicht glauben, daß er als höherer Beamter einen Arbeiter, weil es ein einfacher Arbeiter ist, mit beleidigenden Neuerungen traktieren dürfe.

Es mag noch Gegebenen im deutschen Reiche geben, wo so etwas durchgeht. Das sind rückständige Gegenden, wo man nicht weiß, was auch dem kleinen Mann gehört. Der deutsche Westen gehört jedenfalls zu diesen Gegenden nicht. Hier verlangt auch der Mann im Arbeitsklittel dieachtung, auf die jeder ordentliche Mensch Anspruch hat, und sie wird ihm in allen christlich denkenden, verständigen Kreisen gern gewährt. Das ist der berechtigte Gleichheitsgebaue, der Reipe vor der Menschenwürde überhaupt. Dagegen hat der Landrat Spude sich versucht, eine doppelseitige Verfehlung bei einem Beamten, der das Vertrauen aller Bezirks-Eingesessenen, wes Standes sie seien, haben soll.

### Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Operationen vor Santiago de Cuba werden jetzt wohl mit mehr Lebhaftigkeit durchgeführt werden, nachdem ein größeres amerikanisches Truppenkontingent am Montag vor der heiß umstrittenen Stadt an der Südküste Kubas angelangt ist.

#### Die Landung.

Washington, 22. Juni. Der Kriegssekretär Ulber erhielt abends ein Radiotelegramm Shasters, in dem letzterer meldet, die Truppen seien mit Erfolg in Daiguirí (?) gelandet.

Die Landung der Truppen Shasters hat bei Daiguirí, 17 Meilen östlich von Santiago, begonnen, während die Flotte gleichzeitig mehrere befestigte Punkte westlich und östlich von Santiago beschoß, aus denen die Spanier vertrieben werden müssen, bevor der Marsch auf Santiago angetreten werden kann. Die Landung geschah unter dem Schutz des Feuers des Geschwaders und unter Mithilfe von etwa 1000 Kubanern unter Führung Castillos. Die Kubaner waren heute auf amerikanischen Kriegsschiffen von Aceraderos nach Siguia gebracht worden.

Das Bild stellt zwei wandernde Bauern dar.

— Ein Pestkongress soll im Dezember d. J. in Bombay abgehalten werden. Es soll darüber beraten werden, welche Mittel zur Bekämpfung der Pest in Indien am geeignetesten sind. Die Indische Regierung unterstützt das Unternehmen.

Gewehrfeuer der Kubaner; dies leitete beherrschte die spanische Landbatterie. Die Landung bei Cabanas und Aguadorez dürfte wahrscheinlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen, doch glaubt man, daß die Vorhut in wenig Stunden von den Booten der Flotte und der Transportschiffe an Land geschafft sein werde. Nach Daiguirí führt eine gute Straße, der Ort ist reichlich mit Trinkwasser versehen. Wie es heißt, werden die Truppen sich zwei Tage von Santiago entfernt halten.

Um 20. d. Ms. hat Garcia Admiral Sampson benachrichtigt, General Pando sei an der Spitze starker Truppenmassen auf dem Wege, Santiago verstärkt zu bringen.

#### Ein spanischer Vorschlag?

Hirsch's Telegraphen-Bureau meldet: Der Vorschlag Spaniens, daß Frankreich, England und Deutschland die Philippinen übernehmen, und dort nach dem Muster der Autonomie auf Krete eine Selbstverwaltung der Kolonie einführen sollen (?), wurde von den europäischen Mächten abgelehnt.

Der frühere Präsident der Union, Cleveland, hat in einer Ansprache an die Studenten der Universität Princeton in energischster Weise jeden Gedanken an eine Annexion oder Eroberung verurteilt. In denselben Sinnen hat sich der neue Gesandte für die Tütet, Strauß, im nationalen Bürgerclub in Brooklyn geführt.

#### Eine spanische Ministerkrise?

wird bereits wieder angeklungen. Gerüchte verlautet in Madrid, die Cortes würden in der nächsten Woche auseinandergehen und der Finanzminister alsbald seine Entlassung nehmen. Mehreren Blättern zufolge wäre es nicht unmöglich, daß der Ministerpräsident Sagasta gleichfalls zurücktritt und eine neue Regierung, die zu "energischem Handeln" (welche Phrase?) entschlossen wäre, an die Stelle der bisherigen trate.

Der Antrag auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Spanien, den die Republikaner in der Deputiertenkammer eingebracht haben, ist, wie ein Madrider Telegramm besagt, von der Kammer "in Erwägung" genommen worden.

#### Gelbes Fieber?

Der Kölnischen Zeitung wird aus Madrid vom 21. d. M. telegraphiert: "Auf der amerikanischen Flotte vor Santiago nehmen die Erkrankungen am gelben Fieber zu. Das Erscheinen von Shasters Expedition vor Santiago beweist, daß anteriorwärts noch keine Landung stattgefunden hat. In Santiago mangelt es an Mehl, daher wird das Brod aus Reis und Mais gekauft, die ebenfalls schon teurer geworden sind."

#### Soziales aus Spanien.

Barcelona, 22. Juni. Die Lage der hiesigen Arbeiter verschärfte sich. In der Provinz sind 17 000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Es wird befürchtet, daß die Fabriken im Juli schließen werden.

#### Letzte Nachrichten.

Washington, 23. Juni. Der Generaladvoat hat beschlossen, die an Bord spanischer Handelschiffe gefangen genommenen Mannschaften fremder Länder, die Nichtkombattanten sind, den Bochaster Frankreichs und Österreich-Ungarns behufs ihrer Heimfahrt nach Spanien zu übergeben.

Madrid, 23. Juni. In der Deputiertenkammer griffen der Carlist Oviedo und der frühere Minister Canalias die Regierung an. Canalias warf der Regierung ihr Stillschweigen vor und machte sie für die gegenwärtige Lage verantwortlich.

### Gerichtsaal.

#### Kaiserliche Disciplinarlammer.

Leipzig, 22. Juni. Dienstvergehen. Die Kaiserliche Disciplinarlammer, bestehend aus: Landgerichtspräsident Dr. Hagen, Landgerichtsdirektor Dr. Siegel, Geheimer Oberpostrat und Oberpostdirektor Meyer aus Erfurt, Sachsischer Divisionslandstelle Dr. Buder und Geheimrat Dr. Gründer verhandelte gegen den 42 Jahre alten Oberpostassistenten Louis Kröber aus Crimmitschau wegen Dienstvergehen. Kröber trat nach 18-jähriger militärischer Dienstzeit als Posteleve in Crimmitschau mit 75 Mark Monatsgehalt in Dienst. Durch Krankheit seiner Kinder und zur Ausstattung mußte er von seinem Gehalt, das zuletzt auf 2100 M. stieg, große Aufwendungen machen und kam in Schulden. Unter anderem kaufte er für seine Tochter auf Abzahlung ein Klavier. Die Ratenzahlungen konnte er nicht einhalten und wurde das Piano geplündert. Um die Wegschaffung des Pianos zu hindern, fälschte er einen Postkittungsschein und veransahle durch Vorzeigung dieser über eine angeblich gemachte Geldsendung ausgestellte Quittung, daß das Klavier in seinem Gewahrsam blieb. Vom Schwurgericht Chemnitz wurde Kröber aus diesem Grunde wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Herr Justizrat Dr. Schmidt aus Chemnitz als Vertreter der kaiserlichen Staatsanwaltschaft beantragte auf Grund der §§ 73 und 75 Abs. 2 des Reichsbeamtengegesetzes auf Dienstentlassung zu erkennen, trat aber der Zulässigkeit eines Teils des Ruhegehalts nicht entgegen. Das volle Ruhegehalt würde 1080 M. pro Jahr betragen. Herr Reichsanwalt Dr. Hohel als Verteidiger beantragte, nur auf Dienstverfehlung zu erkennen. Die Disciplinarlammer erkannte auf Entfernung aus dem Dienst mittels Strafversetzung. An Stelle der Veränderung des Diensteinkommens wurde auf eine Geldstrafe von 250 Mark erkannt. Strafversetzung wurde berücksichtigt, daß er zur Urkundenfälschung einen Papierstück übernahm, das ihm in seiner dienstlichen Eigenschaft zugänglich war und dadurch das in ihn gesetzte Vertrauen stark missbraucht hat. Widernd wurde aber berücksichtigt, daß er durch finanzielle Schwierigkeiten in Not geraten war und sich der Tragweite seiner Handlungswweise doch nicht ganz bewußt gewesen ist.

Berlin, 22. Juni. Mit der Duellsforderung eines Präfektur an den Examinator beschäftigte sich heute die erste Strafkammer des Berliner Landgerichts I.

Der frühere o. a. jur. Hans v. Flemming, der schon einmal durch das Referendarexamen gefallen war, unterzog sich im Februar dieses Jahres mit drei anderen Kandidaten aufs neue dem mündlichen Examen. Am 25. Februar wurde ihm vom Vorsitzenden der Prüfungskommission am Samstaggericht, dem Senatspräsidenten Dr. Goings, mündlich in Gegenwart der drei anderen Kandidaten mitgeleistet, daß er wiederum nicht bestanden habe.

Flemming erklärte heute dem Gericht, daß ihm dieser Schlag unerwartet getroffen habe. Er sei in grohe Erregung geraten und müsse eindämmen, daß er sich in dieser Stimmung zu einem unpassenden Benehmen habe hinreißen lassen. Wenn ihm in

Der Anklageschluß vorgeworfen werde, daß er unter höhnischem Lächeln seine Bücher genommen und den Saal verlassen habe, bevor das Ergebnis in betreff der drei anderen Kandidaten verkündet war und dann die Thür mit lautem Krach hinter sich zugeschlagen habe, so müsse er betonen, daß sein Lächeln wohl eher ein verlegenes als ein höhnisches gewesen und daß die Thür ohne seine Absicht so hart ins Schloß gefallen sei. Das es unpassend war, den Saal zu verlassen, bevor das ganze Ergebnis der Prüfung verkündet war, müsse er anerkennen. Am folgenden Tage habe er sich zum Senatspräsidenten v. Toing begeben und, nachdem er Büttritt erhalten, den Präsidenten gebeten, ein Gesuch an den Justizminister zu beschriften, worin er um nochmalige Auflösung zum Referendar-Examen bitten wolle. Herr v. Toing habe erwiesen, daß er nicht glaube, daß die Kommission sein Gesuch, schon mit Absicht auf sein unpassendes Benehmen am Tage zuvor, beschriften werde. Der Angeklagte habe erwiesen, daß er der Kommission seine Mißachtung habe bezeigten wollen, im übrigen müsse er bestreiten, daß er sich unaufständig benommen habe. Der Senats-Präsident habe erwiesen: "Ob Sie es bestreiten oder nicht, ist einerlei, ein anständiger Mensch benimmt sich nicht so." Darauf sei der Angeklagte entlassen worden. Die leichte Anerkennung des Senatspräsidenten habe er als persönliche Beleidigung empfunden. Er habe sich deshalb am nächsten Tage an seinen Bekannten, den Regierungsrat von der Marwitz, gewandt, mit der Bitte, den Senatspräsidenten v. Toing zu der Erklärung zu bewegen, daß er die beleidigende Anerkennung zurücknehme. Der Senatspräsident habe dem Regierungsrat aber einfach erwiesen: Ich habe nichts zurückzunehmen. Darauf habe der Angeklagte den Senatspräsidenten am folgenden Tage durch seinen Vetter, den Leutnant v. Flemming fordern lassen. Herr v. Toing habe den Kartellträger nach den Bedingungen des Duells gefragt und die Antwort erhalten, daß sie noch besonderer Erwögung vorbehalten bleiben sollten. Darauf habe Herr v. Toing erwiesen, daß er das Duell ablehne und der Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten werde, was auch geschehen sei.

Diese Schilderung des Angeklagten deckte sich im wesentlichen mit den Aussagen der vernommenen Zeugen. Staatsanwalt Dr. Hirsch hieß es natürlich nicht für ausdrücklich, wenn durchgesetzte Rechtskandidaten den Senatspräsidenten forderten, weil dieser in seiner amtlichen Eigenschaft eine berechtigte Kritik über ein unpassendes Benehmen des Kandidaten äußere. Es könnte dieser Fall nicht gelinde beurteilt werden, er beantrage gegen den Angeklagten eine Festungshaft von sechs Monaten.

Der Angeklagte bat den Gerichtshof, doch zu berücksichtigen, daß er in seinem Gefühl verletzt worden sei und einen anderen Weg, Genugthuung zu erhalten, nicht kannte.

Der Vorsteher, Landgerichtsdirektor Fehlisch, betonte in der Urteilsverkündigung, daß der Angeklagte durch sein Benehmen im Sitzungssaale der Prüfungs-Kommission ein so feines Gefühl nicht geäußert habe. Die Kritik des Senatspräsidenten sei vollauf berechtigt gewesen. Der Angeklagte ist zu vier Monaten Festungs-Haft verurteilt worden.

**London, 22. Juni.** Der irrsinnige "Attentäter". Heute erschien der Schuhmacher Trodd vor dem Polizeitribunal in der Bowstreet, angeklagt auf Mordversuch an dem deutschen Botschafts-Attache Grafen Leo Valley. Der Advokat Sims, dem von der Regierung die Anklage übertragen worden ist, fragte an, ob der Angeklagte wohl irgend eine Verteidigung vorbringen könne im Hinblick darauf, daß ein Zeugnis vorgelegt worden sei, das den Verhafteten für irrsinnig erklärt. Der Richter antwortete, daß Zeugnis enthalte nichts über den Gesetzeszustand des Angeklagten in jener Zeit. Er habe das Verbrechen begangen, die Pläne seines Täters ihnen Fortgang zu erkennen. Der Wundarzt Waterhouse giebt an, es seien zwei Geschosse auf den Grafen Leo Valley abgefeuert worden. Das eine sei in den linken Oberschenkel getroffen, wo es durch Röntgenstrahlen, eingedrungen in das Fleisch, aufgefunden worden sei. Das andere Projektil habe die Kleider des Grafen gesprengt, ebenso die Hosenträger und sei in ein spiralförmiges Band gedrungen. Der Graf liege noch zu Bett. Eine Extraktion des Geschosses sei nicht ratsam. Der Zeuge könne für den Augenblick nicht sagen, ob der Verwundete außer Gefahr sich befindet, da die Gefahr der Blutvergiftung noch immer vorliege. Im weiteren Verlaufe des Verhörs gab Trodd ganz unzusammenhängende, widersinnige Antworten. Nach Schluss des Verhörs wurde Trodd in Untersuchungshaft genommen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Juni.

Morgen Freitag sind die Stichwahlen in den benachbarten sächsischen und preußischen Wahlkreisen. An die dort wahlberechtigten aber hier beschäftigten Arbeiter ergeht nochmals die Mahnung, bei der Stichwahl ihre Stimme in der Heimat abzugeben. Arbeiter, nehmst das Opfer auf Euch! Von Eurem Stimm kann der Sieg der Sozialdemokratie abhängen. — In Weimar-Apolda und Jena findet die Stichwahl am Sonnabend statt.

Der ordnungsparteiliche Wahlfwindel hat im letzten Augenblick noch formelle Orgien gesetzt. Das Leipziger Tageblatt erhob aufs neue die Beschuldigung, das lezte antisemitische Flugblatt, das vor der Hauptwahl verbreitet wurde, sei "sozialdemokratisches Machwerk" gewesen.

Dieser bewußten Blüte stellt sich würdig an die Seite ein heute ausgeschlagenes "ordnungsparteiliches Plakat, das den Sozialdemokraten "unfaulteren Wettbewerb" vorwirft, weil in einem sozialdemokratischen Flugblatt die Anerkennung des Herrn Hesse über die Cigarrenhändler eitelt worden ist. Die Anerkennung wird als "Blüte" bezeichnet.

### Wer aber lügt,

das kann Herr Hesse vor Gericht feststellen lassen. Der Wahrheit beweisen kann und wird dann erbracht werden.

In dieser Angelegenheit veröffentlichte heute morgen noch das Leipziger Tageblatt einen Brief des Herrn Hesse an Herrn Cigarrenhändler Ulbricht, der an der Spitze der betreffenden Deputation der Cigarrenhändler gestanden hat, die mit Herrn Hesse verkehrte. In seinem Briefe eruchtet Herr Hesse nun Herrn Ulbricht

"um ges. umgehende Angabe, ob die Darstellung des Flugblattes auf Sie (Ulbricht) oder Ihre Kollegen zurückzuführen ist, bzw. um eine Richtigstellung, die ich (Hesse) in den morgenden Tagesschriften veröffentlichen kann".

Dieser Hessesche Brief ist dem Leipziger Tageblatt natürlich ein "Bürgschaft für Hesses reines Gewissen".

Vermöglich dürfte aber Herr Hesse von der Antwort des Herrn Ulbricht nicht gerade sehr erblaut sein.

Die Antwort lautet:

Leipzig, 23. Juni 1898.

Herr Prof. Dr. Hassel

In Beantwortung Ihrer ges. Befehl vom heutigen kann ich nur feststellen, daß die uns seiner Zeit von Ihnen ausgesprochene Ansicht in der bereigten Frage wir in der Sitzung des Vereins Leipziger Cigarrenhändler mitteilen müssten.

Wenn dieselbe vielleicht auch in Ihrem Wortlaut etwas anders gegeben war, so ist der Slum jedoch unzweckhaft richtig ausgedrückt und bedauere ich, an einer Weiterleitung nicht teilnehmen zu können.

### Hochachtungsvoll

Emil Ulbricht.

Der uns gemachte Vorwurf des unlauteren Wettbewerbes prallt auf unsere lieben Gegner zurück.

**Polizeiliche Platatzensur!** Herr Polizeidirektor Breitschneider hat an dem heute angeschlagenen sozialdemokratischen Wahlplatatz: In letzter Stunde auf die Frage: Wer ist Hesse? die Antwort:

Der Politiker der Zweideutigkeit, der heute so, morgen so schillert, immer aber ist er ein Volksfeind und Reaktionär bestandet.

Der Herr Polizeidirektor Breitschneider erblickte hierin, d. h. in dem Ausdruck eines politischen Urteils, eine Beleidigung des Herrn Hassel! Es mußten deshalb die beaufstandeten Seiten aus dem Plakat herausgeschnitten werden, um das Plakat im übrigen zum Aufschlag bringen zu können.

Das ordnungsparteiliche Plakat aber, das von "unlauterem sozialdemokratischen Wettbewerb" und sozialdemokratischer "Blüte" spricht, hat nirgends das Vorwissen der Kreise verlegt.

Die amtliche Ermittlung und Zusammenstellung des Ergebnisses der eingerufenen Wahl in den 57 Bezirken des heutigen 12. Reichstagswahlkreises wird Montag den 27. Juni d. J. vormittags 9 Uhr im Saale der Alten Wache, Katharinenstraße 1, 2. Etage, bewirkt und das Gesamtergebnis unmittelbar daraus verkündigt werden. Der Büttritt zu dem bezeichneten Saale steht jedem Wähler offen.

**Steinarbeiter, Achtung!** In der am 21. d. J. abgehaltenen Versammlung der Steinarbeiter von Leipzig und Umgebung wurde die Sperre über den Werkplatz Schenker wegen Lohndifferenzen und Maschregelung zweier heiger Kollegen verhängt.

Die Wäldergesellen von Hamburg, Altona und Wandels sind, wie gestern schon kurz gemeldet, in den Streit eingetreten.

Auf Aufforderung des Vorstandes des Vereins Leipziger Presse sind hier eine Anzahl Herren zusammengetreten, die sich demnächst an die Freunde des im Herbst vorigen Jahres in Leipzig verstorbenen Lehrers und Dialektdichters Gustav Schumann wenden wollen, um mit deren Hilfe die Mittel zur Errichtung eines bescheidenen Grabdenkmals für den Verstorbenen zusammenzubringen. Diese Absicht darf bei der Beliebtheit, die sich Schumann durch den harmlosen Humor seiner Schriften, wie durch die Liebenswürdigkeit seines Wesens erworben, wohl auf eine freundliche Aufnahme auch in weiteren Kreisen rechnen. Man hatte auch an den Stadtrat des Geburtsortes Schumanns, des kleinen Städtchens Trebsen, die Aufforderung gerichtet, dem Aufruhr beizutreten; die genannte Wörterhof hat es indessen vorgezogen, sich selbst ein Denkmal zu errichten durch ein Schreiben, in dem sie ihre Mitwirkung zur Errichtung eines Grabdenkmals für den "sogenannten" Dialektdichter Gustav Schumann ablehnt mit folgender klassischen Begründung: "... können wir keineswegs der Ansicht sein, daß Schumann mit seinem "Blümchen" dem sächsischen Vaterlande einen Dienst erwiesen hat, vielmehr bedauern wir, daß ein Lebhafter sich sowohl vergessen konnte, seine Landsleute mit ihrem Dialekte lächerlich zu machen". Die Verfasser dieses Schreibens sind also der Meinung, daß die Pflege der Dialekt-dichtung, die überall als ein Verdienst anerkannt wird, eine Herabsetzung des Dialekts und des betreffenden Volksstammes sei. Wer mehr Dank verdient, Schumann oder der Rat von Trebsen, mag jeder Sachse selbst entscheiden.

Die öffentlichen Gebrauchsprüfungen finden Mittwoch den 29. und Donnerstag den 30. Juni d. J. nachmittags von 3—5 Uhr im Hörsaal der Universität-Frauenklinik statt.

**Strassenperrungen.** Wegen Schlesengenbaus wird die Emilienstraße von der Windmühlenstraße an bis zur Gabelung vom 27. Juni ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt. — Wegen Schlesengenbaus wird die Kaiser-Wilhelm-Straße in Lindenau auf der Strecke von der Bismarckstraße bis zur Gießerstraße vom 27. Juni ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

**Stießländer.** Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern hat, den zur Zeit in Sachsen gültigen gesetzlichen Bestimmungen gemäß, der Chemnitz die ihm von seiner Chefsfrau zugebrachten Kinder, soweit diese noch nicht selbstständig sind, in seine häusliche Gemeinschaft mit aufzunehmen.

**Strassenbahnwesen.** Von heute an verkehren während der Dauer der Asphaltierungsarbeiten in der Blücherstraße die Wagen der Großen Leipziger Straßenbahn statt durch die genannte Straße durch die Pfaffendorfer Straße und um die Promenade bis zum Blücherplatz, von wo sie dann ihren gewöhnlichen Weg verfolgen.

**Die Generalsrevision der Droschen II. Klasse** mit ungeraden Nummern findet Dienstag den 28. August 1898 auf dem Wege an der Tribune der Neuenbahn statt. Es haben an gebachtem Tage ihre Geschirre vorzufahren die Konzessionäre mit den Anfangsbuchstaben A bis J vormittags 8 Uhr, die mit den Anfangsbuchstaben K bis Z vormittags 9 Uhr.

**Wegen Asphaltierung** wird die Blücherstraße auf der Strecke vom Blücherplatz bis zur Einfahrt nach dem Thüringer Güterbahnhofe auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr, auch den Straßenbahnverkehr, gesperrt. Die nach genannten Güterbahnhofe verkehrenden Fuhrwerke haben durch die Berliner oder Uferstraße zu- und abzufahren.

**Bon einem schweren Eisenbahnunglüx** war am Dienstag der 5. Uhr 34 Minuten nachmittags hier von Nürnberg auf dem Thüringer Bahnhofe eintreffende Schnellzug bedroht. Auf offener Strecke zwischen Weissenfels und Corbetha wurden plötzlich die Passagiere der leichten drei Wagen durch einen starken

Ruck und lautes Krachen erschreckt. Der eben noch mit voller Schnellzugsgeschwindigkeit dahinrasende Zug fuhr sofort langsam und kam ungeschödet bis zum Bahnhof Corbetha. Als man hier nach den Ursachen des Unfalls forschte, stellte sich zunächst heraus, daß an den drei leichten Wagen des Zuges an einer Seite die Trittbretter weggerissen und die sämtlichen Delboren abgebrochen waren. Weitere Nachforschungen ergaben, daß vor Corbetha eine eiserne Schwelle, die bei dem dort stattfindenden Umbau der Gleise zur Verwendung gelangen sollte und von den Arbeitern wahrscheinlich vor ihrer entgänglichen Platzierung auf einen Sandhaufen gelegt worden war, durch die Erhöhung, welche der vorbeifahrende Schnellzug verursachte, abgerutscht und auf das Gleis gefallen ist, auf dem der Schnellzug fuhr, bevor die leichten drei Wagen die Stelle passiert hatten. Die betreffenden Wagen wurden in Corbetha ausgezogen und die erschreckten Passagiere, welche einer schweren Gefahr glücklich entgangen waren, in anderen Wagen untergebracht, in denen sie wohlbeholt nach Leipzig gelangten.

**Selbstmordversuch.** In D. Auger versuchte gestern nachmittag eine Arbeiterschaf zu vergiften. Die Frau leidet an Anfällen von Verfolgungswahn.

**Zertrümmerte Schaukastenscheibe.** Heute vormittag 1/10 Uhr sollte ein Aschewagen in das Grundstück Petersstraße 49 geschoben werden und zwar mit dem Hinterteil zuerst, das heißt so, daß die Deltschel hinten war, damit der Wagen, wenn er gefüllt war, richtig die Ausfahrt verlassen könnte. Durch irgendwelchen Umstand fuhr aber der Wagen, als er über die Bordoste des Trottwirs geführt werden sollte, wieder zurück und zwar so heftig, daß die Deltschel in die Schaukastenscheibe des gegenüberliegenden Seidenwarengeschäfts von Schlemmer u. Jacobi stieß und diese vollständig zertrümmerte.

**Die Unfälle, mit Petroleum Feuer anzufachen, hat heut in Gohlis, Martinistraße 7, wieder einmal ein Opfer gefordert. Das Dienstmädchen, das die Unvorsichtigkeit beging, wurde so schwer verbrannt, daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte.**

## Gemeinde-Zeitung.

**Aus den Ratsitzungen.** Von der Gemeinde Schönefeld war an den Rat der Stadt Leipzig das Gesuch um Abgabe von Wasser aus der Wasserleitung zum Straßen-sprengen in Schönefeld gerichtet worden. In seiner letzten Plenarsitzung erteilte der Rat hierzu unter denselben Bedingungen seine Genehmigung, wie sie auf ein gleiches Gesuch der Gemeinde Möckern gestellt wurden. Deshalb soll mit der Gemeindeverwaltung von Schönefeld verhandelt werden.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

**Dresden, 22. Juni.** Der Reichstag meldet: Der Kaiser hat nachgenannten sächsischen Offizieren folgende Auszeichnungen verliehen: Den Stern zum Roten Adler-Orden 2. Klasse dem Generalmajor Hünig, den Roten Adler-Orden 3. Klasse der Majoren Sennf. v. Pilsach, v. Parisch und v. Ehrenthal, die Krone zum Roten Adler-Orden 4. Klasse dem Hauptmann v. Sudlow, den Roten Adler-Orden 4. Klasse den Hauptleuten Oppen, v. Huldenberg, v. Geroldorf, den Mittmeistern v. Ulrich, Fröhlich, v. Willau, den Kronen-Orden 1. Klasse dem Generalleutnant v. Haase, den Kronen-Orden 2. Klasse in Brillanten dem Oberst Böhlum v. Eckstädt und den Kronen-Orden 4. Klasse dem Premierleutnant v. Bodenhausen und Schumann.

Ein betrübendes Bild sitzlicher Verirrung bot sich vor dem heutigen Landgericht. Angeklagt war der 53jährige Schuldirektor Drehler aus Schandau wegen Unzucht mit Schulkindern. Zur Verhandlung, die einen ganzen Tag bis abends 8 Uhr dauerte, waren 38 Zeugen, darunter 12 Schulkinder und 8 Lehrer geladen. Drehler hat in Leipzig studiert und ist seit 1871 Schuldirektor in Schandau; er ist verheiratet und hat 8 erwachsene Kinder, wovon 1 Sohn in Leipzig studiert. Die Verhandlung war bis zur Urteilsverkündung geheim. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Buchthaus und zehn Jahre Ehreverlust.

**Wahlstatistisches aus Sachsen.** Die Stärke der Parteien bei den Wahlen im Jahre 1893 und 1898 erhält aus folgender Tabelle:

	1893	1898	1898
Sozialdemokratie	270 654	299 188	+ 28 534
Konservative	126 727	120 685	- 6 042
Nationalliberale	49 554	98 555	+ 44 001
Freisinnige	80 203	15 400	- 14 794
Antisemiten	98 384	69 081	- 29 333
Nationalpartei	21 045	-	- 21 045
Centrum	518	2 756	+ 2 288
Nationalsoziale	-	2 859	+ 2 859

Den 270 654 sozialdemokratischen Stimmen standen 1893 321 411 gegnerische Stimmen gegenüber. Die Gegner waren den Sozialdemokraten um 50 707 Stimmen voraus. 1898 vereinigten die bürgerlichen Parteien zusammen nur 304 295 Stimmen auf sich, sie gingen also um 17 116 Stimmen zurück. Die sozialdemokratischen Stimmen dagegen wuchsen von 270 654 im Jahre 1893 auf 299 188 in diesem Jahre, sie vermehrten sich also um 28 534 Stimmen. Während die gesamten bürgerlichen Gegner 1893 noch einen Vorsprung von 50 707 Stimmen vor der Sozialdemokratie hatten, betrug der Vorsprung bei den Wahlen am 16. Juni nur noch 5117 Stimmen.

Das sächsische Volk hat sich also für die Sozialdemokratie und gegen die Reaktionäre und Sammlungspolitiker, gegen die Unterdrücker und Verkümmerner der Volksrechte ausgesprochen. Möchte der Ausfall der bevorstehenden Stichwahlen ein gleich günstiges Ergebnis für den Fortschritt und gegen die Reaktion ergeben, damit das sozialdemokratisch gesinnte Sachsen auch eine entsprechende sozialdemokratische Vertretung im Reichstage

**Niehenbach.** 22. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung mahnte der Vorsitzende bei einem Ausgabettel zur größten Sparamkeit unter dem Hinweis darauf, daß ein Rückgang in der Geschäftslage der Industrie vermutlich auch einen erheblichen Ausfall für den Steuerhöfchen bringen werde. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur der letzten Jahre hat ihren Höhepunkt bereits überschritten.

**Erfurt.** 22. Juni. Am 30. Juni, 1. und 2. Juli kommt vor dem Schwurgericht der Strafskawall zur Verhandlung, der sich hier an den Abenden vom 24. bis 27. Mai am Wilhelmsplatz abgespielt hat. Angeklagt sind 24 Personen (10 Handarbeiter, 3 Schuhmacher, 3 Maurer, je 1 Kellner, Maler, Schlosser, Schneider, Handelsmann, herrschaftlicher Diener, Kutscher, Brauer). Die Angeklagten sind durchweg weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, die Mehrzahl der Angeklagten ist schon vorbelastet, einige haben schon bis 20 Vorstrafen erhalten. Bis jetzt sind ca. 80 Zeugen geladen.

## Vereine und Versammlungen.

Wähle ich Schmidt oder Hassel? Um diese Frage für sich beantworten zu können, hatte Herr Herrmann gestern abend eine Versammlung nach dem Stadtwahltag einberufen. Die von über 300 Personen besuchte Versammlung bestellte zunächst drei Sozialdemokraten als Versammlungsleiter, worauf Herr Herrmann seinen Briefwechsel mit Hesse zum Besten gab und erklärte, daß er bei der Stichwahl 1898 den Sozialdemokraten, bei der jüngsten Hauptwahl aber nationalsozial gewählt habe. Die Herren, die den Aufruf für Hassel unterzeichnet haben, sind von Herrn Herrmann per Postkarte zur Versammlung eingeladen worden. Beantwortet habe nur Professor Biebermann, der Herrmann einen Privatkurs über politische Tagesfragen geben wollte. Von den eingeladenen schien niemand in der Versammlung anwesend zu sein, wenigstens meldete sich niemand zum Worte. Genosse Alpinist legte die Charakterlosigkeit der Nationalliberalen kurz und scharf dar und forderte die Anwesenden auf, nur Dr. Conrad Schmidt ihre Stimme zu geben. Die Versammlung nahm gegen 5 Stimmen unentstehende Resolution an, worauf sie vom Vorsitzenden, Genosse Alpinist, mit einem dreifachen Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht geschlossen wurde: "Die am 22. Juni 1898 im Saale des Stadtparks tagende, zahlreich besuchte Wählersversammlung erklärt in Anbetracht der Thatsache, daß Herr Prof. Hesse sich nur für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, nicht aber für das gleiche ausgesprochen hat, daß er ferner bald für, bald gegen die Umsatzsteuer, daß er außerdem für hohe Zölle auf Getreide u. s. w. eintritt, und somit die breite Masse des Volkes aufs empfindlichste schädigt, am Stichwahltag einzutreten für Dr. Conrad Schmidt in Charlottenburg."

Die im Gastwirtschaftsgewerbe Angestellten hielten vorgestern nachmittag im Stadtpark eine Versammlung ab, die von der Leipziger Fünferkommission einberufen war und sich eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Für alle diejenigen Berufsgenossen, die der Leipziger Bewegung der im Gastwirtschaftsgewerbe Angestellten bisher nicht gejagt sind, wollen wir vorausschicken, daß die biesige Fünferkommission in einer vor wenigen Wochen abgehaltenen Versammlung gewählt und mit der Ausgabe betraut wurde, zusammen mit der Berliner und den Kommissionen anderer deutscher Städte den für das Frühjahr 1899 geplanten 1. Fachkongress vorzubereiten. Auf der Tagesordnung der gestrigen Versammlung stand darum auch als erster, wichtiger Punkt dieser Fachkongress, über den Herr Dittrich, ein Mitglied der Berliner Kommission, referierte. In der Hand eingehender Schilderung der elenden Zustände, die heutzutage im Kellnertum wie den verwandten Berufen herrschen, zeigte er, wie die Kellner in erster Linie es nötig hätten, aufzuwachen, sich zu organisieren, um ihre Forderungen geltend zu machen und so eine Erhöhung ihres Standes herbeizuführen. Dabei wies der Redner vor allem hin auf die enorme Arbeitszeit (oft 16, ja nicht selten über 16, bis 18 Stunden), die den Kellnern zugemessen würde, die sie den Wünschen gegen ihre Familie entzöge und sie förmlich zu Grunde richte. Statistisch sei festgestellt, daß das Durchschnittsalter der Kellner nur 35 Jahre betrage und somit um ca. 18 Jahre hinter demjenigen anderer Berufe zurückstehe. Darum gelse es also vor allem, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, und weiter, da diese Verkürzung auch eine geringere Einnahme an Trinkgeldern nach sich ziehen müsse, für diese in einem festen Lohnsat-

zusatz zu schaffen. Statt der Stellenvermittlung durch Kommissionäre, die den Kellnern oft viel kosten, müsse der unentgeltliche Arbeitsnachweis angestrebt und die Reichsregierung veranlaßt werden, daß sie zu Gunsten der Kellner einen Zwang auf die Prinzipien ausübe. Um solches zu erreichen, sei aber vor allem notwendig, daß Einigkeit unter den Berufsgenossen walte, und daß die im Gastwirtschaftsgewerbe Thätigen mit den im Gastwirtschaftsgewerbe Angestellten Hand in Hand gingen. Nachdem der Vortragende so in klarer, überzeugender Weise die Notwendigkeit und die Nutzlosigkeit eines Fachkongresses dargelegt hatte, wandte er sich zum Schlusse gegen die vom Dresdener Direktorium unternommenen Versuche, den Kongress zu hinterreiben. Er widerlegte die Behauptung, daß die Berliner Kommission durchaus in sozialdemokratischem Fahrwasser schwimme und bat, die Berufsgenossen, sich durch das Vorhalten des roten Lappens doch nicht irren machen zu lassen! In der Diskussion, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte, sprach neben den Herren Zinner, Klinckemann, Neumann u. a. auch der Redakteur der Hotelrevue, Dr. Wühr. Derselbe erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, zu denen er nur noch einige Ergänzungen mache. So wies er vor allem noch einmal auf die zum Teil himmelstrebenden Zustände bei der Stellenvermittlung hin, ferner auf die Ausnutzung der Lehrlinge, die als Erwachsene wahre Jammergestalten seien und den Reim der Schwindsucht in der Brust trügen. Er erinnerte endlich an die Schlafräume, wie sie den Gastwirtschaftsgenossen zugemessen würden und deutete mir an, welche schlimmen Zustände nur zu oft die notwendige Folge davon seien. Was aber den Vorwurf betreffe, daß die Gastwirtschaftsgenossen im Fahrwasser der Sozialdemokratie schwimmen und daß man diese Partei vor allen anderen zu verhorresieren suche, so müsse er, der eher als Sozialistensprecher bekannt sei, jedenfalls das folgende feststellen: Es sei eine einfache Unwahrheit, wenn jüngst in einer helligen Wählersversammlung behauptet worden sei, mit die Sozialdemokratie habe nichts für die Gastwirtschaftsgenossen gethan. Im Gegenteil seien gerade Männer wie Bebel, Mollendorf, Stolle u. a. in erster Linie für dieselben eingetreten. Nachdem schließlich der Referent noch einmal das Wort ergriffen, um verschiedene in der Diskussion aufgestellte Behauptungen richtig zu stellen und stets aufs neue zur Einigkeit zu ermahnen, wurde ein Antrag angenommen, nach dem die Leipziger Fünferkommission die biegsame Sektion des Generalverbandes zur Teilnahme an der Kommission aufzufordern soll. Vorher hatte bereits die folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 21. Juni 1898 im Stadtpark zu Leipzig versammelten 300 Gastwirtschaftsgenossen (Kellner, Köche u. s. w.) erklären sich mit den Ausschreibungen des Referenten einverstanden, dagegen, daß baldmöglichst ein allgemeiner Fachkongress der Gastwirtschaftsgenossen Deutschlands in Berlin stattfinde, zusammengekehrt aus den Abgeordneten sämtlicher größerer Städte, aber unabhängig von Verbundesinteressen. Als Hauptanliegen des Kongresses sind zu betrachten: 1. Erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Ruhezeit; 2. Beaufsichtigung der Arbeits- und Schlafräume der Angestellten von Inspectoren; 3. Verbesserung der Lohnverhältnisse zur Erhöhung des Gehalts und allmäßliche Belebung des Trinkgeldmuseums; 4. Bereitstellung des Stellenbuchers, Einführung unentgeltlichen Stellenmärktes; 5. Maßregeln gegen Lehrlingskücherei und Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte im Gastwirtschaftsgewerbe. Mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln soll der Fachkongress den Erfolg eines Reichsgesetzes anstreben, das diese Fragen im Sinne der Angestellten endgültig regelt.

## Von Nah und Fern.

Bom Wetter.

**Berlin.** 22. Juni. Heute nacht ging über Berlin und Umgebung ein überaus schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder. In wenigen Minuten waren die Straßen überschwemmt; das Wasser drang in die Häuser. Die Kellnerbewohner gerieten mehrfach in Lebensgefahr. Der Hagel schlug die Fensterscheiben ein. Der Sturm richtete großen Schaden in den Baumallagen an. Die Feuerwehr wurde 30 mal alarmiert.

**Köln.** 22. Juni. Heute nachmittag ging hier ein schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder. Auch in Norden und Umgebung wütete ein heftiges Unwetter. Aus den Ortschaften an der Wurm werden große Erdschäden infolge Hagelschlags gemeldet.

**Brüssel.** 22. Juni. Ein furchtbare Unwetter hat in Vlissingen geherrscht. Die ganze Stadt ist überschwemmt. Auf dem

**C. Hammer**  
Ihrenhandlung  
Wintergartenstr. 15  
am Kreuzstallpalais.



**Wecker**  
mit Absteller  
**Mk. 2.50.**  
2 Jahre Garantie.  
Leser dieser Zeitung 10 Prozent Rabatt.



**Regulateure**  
mit Schlagwerk  
**Mk. 10.00**  
von 2 Jahre Garantie.



**Taschenuhren**  
in großer Auswahl.  
**Cylind.-Remont.**  
mit Goldrand  
**Mark 10.00.**  
2 Jahre Garantie.

## Reparaturen:

Neue Feder einsetzen . . . 1 Mt.  
Neues Uhrglas . . . 10 Pf.  
Neuer Uhrzeiger . . . 10 "  
Neuer Uhrring . . . 10 "  
Neuer Uhrschlüssel . . . 5 "

Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.

Nächtige Chocoladenarbeiterin dauernd bei gutem Lohn gesucht.

**Nienhönelde**, Eisenbahnstraße 68.

Ein 7 Mon. alt. Kind w. tagsüber in Pflege gegeben. Thonb., Stötteritzer Str. 17, Q. IV. 1.

Frau sucht Arbeit im Schneider u. Kleidemach. Adr. u. F. T. 11 i. d. Exped. d. VL

Kräf. Frau sucht noch mehr Wäsche t. Privat. Brandvorwerkstraße 1, IV. 1.

**Neugebauer**, stadt. gebild., stadt. nicht gesucht. präst. Prakt. d. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, heißt n. lang. Er. geb. Geschlechtskrankh. b. M. u. F. Blasen-, Hieren-, Magen-, Darm-, Haut- u. Nervenleiden, Rheumat., Psoriasiskrankh. Grimm. Str. 21, II. Spiegel. 9, 2, 5—8, Sonnt. 10—11 Uhr, anb. briefl.

**RECHTSRAT**, Gesuche, Steuer-Reklamationen, Klagen etc. Moritzstr. 2.

**Bureau Lipsia**, 3 Grimmaische Str. 3.

**Patent**, besorgt Patente, Gebr. Muster, Markenschutz unter günstigen Zahlungsbedingungen.

**Ehe**, verträge, Gesuche, Testamente, Notar in schwierigen Verhältnissen um. Gar. (briefl. 50 Pf. Brieft.).

Über Vermögen u. Privatverh.

Nur Grimmaische Str. 26, I.

M. Seeger, Gebamme. Kleinshödel, Schönauer Weg 1.

**Familienanzeigen.**

Grau Toni Herzlich gratulieren

Au rate mal.

**H. Niepraschk, Uhrmacher**  
Lindenau, Josephstrasse 38.  
Meichaltiges Lager von

**Herren- u. Damenuhren**  
Regulateure, Standuhren  
und Wecker.

Große Auswahl in Ketten  
Ring u. Goldwaren.

Reparaturen gut und billig.

**Möbel**, Spiegel u. Polster-  
möbel, waren in nur solider  
Ausführung zu außergewöhnlich billigen  
Preisen empfohlen [9740]

**Hermann Dietrich**, Tischlerstr.  
Lindenau, Werseburger Str. 83.

**Monatsgarderobe.**

Empfehlung in reicher Auswahl allerlei  
Frühjahrs-Walztoß, kompl. Anzüge,  
Jacobs, Velveteen u. elegante Fracks und  
Gesellschaftsanzüge auch leichtweile. [2885]

NB. Um Irrtum zu vermeiden, bitte  
ich zu beachten, daß ein Zweiggeschäft von  
mir am Platze nicht besteht.

**J. Kindermann**, Salzgäßchen 9.

**Gut vernickelt**

werden Fahrradteile und andere Gegen-  
stände bei [3884]  
**Funfak & Zanke**, Mittelstr. 7.

**Käufe und Verkäufe.**

Brettsch. 20 u. 30 Mt., Kleiderst. 16,  
22 u. 55 Mt., Ottoman, 30 u. 35 Mt.,  
in Blau 55 Mt., Spiegel u. Schrank, Schreibstücke,  
35 Mt., Bettst. u. Matr., Schreibstücke,  
Tische, Stühle, Vorzimmerschränke u. versch.  
billig bei Zanker, Emilienstraße 46, I.

Abbruch! Leipzig, Döbener Weg.

Zu verkaufen: Thüren, Fenster, Bretter,  
Säulen, Feuerholz u. versch. a. m.

Bettstühlen mit Matratzen von 24 Mt.

an. Alle anderen Möbel billig.

Lendel, Lindenau, Hermannstr. 16.

3 Gebett Betten

12, 15, 50 und 18 Mt. sind zu verkaufen.

5555] Nürnberger Straße 22, p.

Möbel für den Arbeiterstand

empfiehlt reell und wirklich billig

**Georg Schade**, Lindenau

Ede Marten- und Gundorfer Straße.

5. Ottom., geb. Soja 14 Mt., Tisch, Bettst.

mit Matr., billig. Sophienstraße 38, S. S.

Schreibt. zu verkauf. versch. Kleiderschr. 2 Verk.

Pfeifersp. u. Sch. Blüschgarant. 2 Ottom.,

Bettst. u. Matr., Küchtr. Univers. Str. 19, II.

Dauerbett. Sofaf. 15 Mt. Univers. Str. 19, II.

Gutgeb. Soja für 10 Mt. zu verkaufen.

Sternwartestraße 57, beim Handmann.

Guterh. Kinderstuhl preisw. zu verkaufen.

Karlstraße 18, S. I. I.

Schöner Sitzwagen in Verdeck bill. zu verkaufen. Berliner Straße 48, IV. 1.

Guterh. Kinderwagen bill. zu verkaufen.

Sternw. 18, III. I.

Gut neuer Kinderwagen bill. zu verkaufen.

Großschober, Hauptstraße 64, II.

Guterh. Wagen bill. zu verkaufen.

Wörth Ahd. L. Kleinshödel.

Guterh. Wörth, 35 Mt. so zu verkaufen.

Guterh. Wörth, 35 Mt. so zu verkaufen.</